

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Klingerhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Dello-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Cepedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Abdringung selbstverlei 4 Wochen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Entlohnung für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 17. Dezember 1929

Südslawien und Sozialdemokratie.

Von Hermann Wendel.

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Die Demokratie und erst recht die Sozialdemokratie kennt der Diktatur gegenüber mit Recht nur eine Haltung: Kampf! Aber es gibt Fälle, in denen diese Selbstverständlichkeit zu seltsamer Verschiebung der Perspektive führt. So ist etwa alles, was die Belgrader Diktatur an Willkürlichem und Grausamem tut, schärfster Bekämpfung wert, aber ein Sozialdemokrat, der sich deshalb alle Gesichtspunkte der kroatischen Emigranten in Österreich oder der makedonischen Emigranten in Bulgarien zu eigen machte, käme sehr bald auf den Holzweg. Diese Fanatiker verneinen nämlich den südslawischen Staat in Bausch und Bogen als Kunstschöpfung, die drei verschiedene widerstrebende Nationen unter das Joch Belgrads beuge, und selbst Blätter der deutschen Linken stoßen ins selbe Horn und beten das neuerliche Sprüchlein Sarkotitschs nach: "Es gibt kein südslawisches Volk. Es gibt Serben, Kroaten, Slowenen, Bulgaren, vier verschiedene Völker, die alle auf ihre Geschichte und Vergangenheit stolz sind und eine Verschmelzung zum Serbentum nie annehmen werden".

Nun ist Sarkotitsch zwar kroatischen Ursprungs, aber in erster Reihe war er sein Leben lang k. und k. General und denkt, fühlt und redet noch heute wie ein k. und k. General, der in der künstlichen Zersplitterung des Südslawentums in Kroaten, Slawonier, Dalmatiner, Bosniaken, Krainer, Montenegriner und so fort ein Unterpfand für die Macht und Herrlichkeit des Erzhauses erblicken lernte. Doch lasst die Toten ihre Toten begraben! Wichtig für uns ist, wie sich die Sozialdemokratie im slawischen Süden zu dem Problem stellt. Dieser Tage waren gerade zwanzig Jahre verstrichen, seit sich die Vertreter des Sozialismus aus den südslawischen Strichen der Donaumonarchie wie aus Serbien zu einer Konferenz in Laibach zusammenfanden und unter der Patronanz Viktor Adlers und Karl Renners ihre Auffassung in der sogenannten "Tivoli-Resolution" zu Papier brachten.

Diese bedeutsame Urkunde offenbart, dass die Sozialdemokratie schon 1909 auch im politischen Sinne Serben, Kroaten, Slowenen und Bulgaren als Teile einer einheitlichen, eben der südslawischen Nation betrachtete. Zwar verkannte die Resolution nicht, dass zwischen den einzelnen Stämmen als Folge politischer Zersplitterung und der Berührung mit fremden Nationen und unter dem Einfluss verschiedener Wirtschaftssphären eine mannigfache Differenzierung entstanden sei, aber keineswegs solcher Art und solchen Umfangs, "dass der Separatismus einzelner Teile und ihre Spaltung in vier Nationen berechtigt erscheine". Darum gab die Sozialdemokratie die Losung aus: Vollkommene nationale Einigung aller Südslawen über die Unterschiede des Namens, des Glaubens, der Schrift und der Mundart hinweg; die Notwendigkeit, eine einheitliche nationale Sprache und Schrift zu schaffen, wurde als besonders wesentlich hervorgehoben.

Damit war die Linie gezogen, der die Sozialdemokratie im slawischen Süden vor dem Weltkrieg, während des Weltkriegs und nach dem Weltkrieg unbeirrbar folgte: bei jeder Gelegenheit erwies sich, aller nicht geringen Schwierig-

keiten ungeachtet, die Arbeiterpartei als die unerschrockene Vorkämpferin des integralen Südslawentums gegen alle Stammessondergelüste. Von dieser Linie lässt sich die südslawische Sozialdemokratie auch nicht dadurch abdrängen, dass heute eine rücksichtslose Diktatur das integrale Südslawentum mit Gewaltmitteln zu schaffen sucht und an sich fortschrittliche Neuerungen wie die Änderung des Staatsnamens Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen in Jugoslawija-Südslawien und die administrative Gliederung des Landes in neun grosse, lebensfähige Provinzen durch Ukas, auf die Bajonette gestützt, vornimmt. Erst dieser Tage schrieb "Delavska Politika" (Arbeiterpolitik) im steirischen Marburg: "Die Ideen der Tivoli-Resolution sind trotz allen bitteren Erfahrungen heute noch die einzig richtigen, und es gibt keine Gewalt, die die in der Tivoli-Resolution so klar aufgezeigte historische Entwicklung aufhalten könnte." Das will sagen: Die Entwicklung zur Verschmelzung der Serben, Kroaten, Slowenen und Bulgaren ist eine südslawische Nation!

In der Tat schaut die südslawische Sozialdemokratie auf den kroatischen Separatismus mit der gleichen unverhohlenen Abneigung wie die deutsche Sozialdemokratie auf den bayerischen Partikularismus; das Pochen auf eine tausendjährige Eigenstaatlichkeit, die die eines ausgesprochenen Feudalstaates war, und das Sich-Klammern an historische Grenzen, die mit natürlichen Grenzen nichts zu tun haben, erscheint dem Sozialisten als verstaubteste Romantik, wenn nicht als bösartigste Reaktion. Unlängst betonte der langjährige Führer der serbischen Sozialdemokratie, Dr. Schiwko Topalowitsch, in mehreren aufschlussreichen Artikeln, dass gerade in dieser Frage zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ein Abgrund klappte. Während die Jünger Moskaus, auf Explosionen und Chaos erpicht, sich mit dem rückständigsten und schäbigsten Separatismus unter eine Decke stecken und sogar über das Schicksal der "annektierten" montenegrinischen "Nation" die lächerlichsten Zähren vergiessen, hält, alle "historischen" Kinkerlitzchen ablehnend, die Sozialdemokratie aus ökonomischen und sozialen, politischen und pazifistischen Gründen an der südslawischen National-einheit unverbrüchlich fest, die ihr, mag augenblicklich auch die Diktatur im Sattel sitzen, "eine grosse demokratische und revolutionäre Errungenschaft und eine granitene Bürgschaft für die Freiheit und Sicherheit des Balkans" ist.

Denn wie einst die unheilvolle Herrschaft der Habsburger auf der Zerbröckelung der Südslawen in widerstandsunfähige Teile und Teilchen fusste, so würde heute der Zerfall Südslawiens einzig der mussolinischen Expansionspolitik Wasser auf die Mühle leiten. Stammesseparatismen im slawischen Süden sind, weil sie Steine aus der Mauer herausbrechen, die den Balkan gegen die fascistischen Eroberungsgelüste schützt, eine Gefahr für den Frieden Europas. Schon das bestimmt die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Frage aufs Eindeutigste. Auf der anderen Seite finden alle berechtigten Wünsche der einzelnen Stämme und Teile in der Demokratisierung des Staates und der Selbstverwaltung der Provinzen, Kreise und Gemeinden ihre Erfüllung, Ziele, die die Sozialdemokratie leidenschaftlich verfochten hat und weiter verfochten wird.

SPD. Die Regierungsparteien haben im Reichstag eine Gesetzesänderung beantragt, wonach die Rückflüsse aus den für den Wohnungsbau und die Siedlung unter der Auflage der Rückzahlung ausgegebenen Mitteln auch weiterhin dem Wohnungsbau und der ländlichen Siedlung in vollem Umfange zuzuführen sind. Das gleiche gilt für Rückflüsse aus Darlehen. Eine Änderung der Verwendungsart dieser Mittel soll nur durch Reichsgesetz zulässig sein. Die Länder sollen innerhalb drei Monaten eine Aufstellung über die Höhe der auf Grund der bisherigen Gesetze gegebenen rückzahlbaren Beträge vorlegen.

SPD. Paris, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Botschafter in Paris von Hoesch hatte am Dienstag mit dem französischen Aussenminister eine Unterredung über die Vorbereitung der zweiten Haager Konferenz. Ausführlich wurde auch die Frage der Liquidation des ehemals deutschen Eigentums besprochen, über die es zu einer für beide Teile befriedigenden Einigung gekommen sein soll.

SPD. Der Sklarek-Ausschuss des Preussischen Landtages vernahm am Dienstag in Gegenwart der Mitglieder des Kreditausschusses Rosenthal (Dem) und Mühlmann (Soz) sowie des Stadtkämmerers Lange den Stadtbankdirektor Schmitt. Der Zeuge Schmitt verliest eine schriftlich fixierte Darstellung der Entwicklung des Sklarek-Kredits. Danach erklärt sich die Höhe der Kredite aus dem Umfang der Geschäfte mit der Stadt. Den Sklareks seien nur fällige Rechnungen kreditiert worden, die wegen Geldmangel von den städtischen Dienststellen nicht hätten bezahlt werden können. Der verstorbene Kommerzienrat Bamberger und der Stadtverordnete Rosenthal hätten die Sklareks günstig beurteilt. Die eigentliche Kreditunterlage aber wäre der Monopolvertrag der Sklareks mit der Stadt gewesen. Weder der Kreditausschuss noch der Kämmerer hätten gegen die Kredite etwas einzuwenden gehabt. Erst Ende dieses Jahres habe er erfahren, dass die Sklareks statt der Originalrechnungen nur Kopien als Unterlagen für die Kredite eingereicht haben.

Der Zeuge äusserte sich dann über seine Beziehungen zu den Sklareks. Er habe wohl gesellschaftlichen, aber keinen persönlichen Verkehr mit den Sklareks gehabt. Zweimal sei er bei den Sklareks und ebenso oft seien diese bei ihm gewesen. Ungefähr 10 bis 12 mal habe er in dem Jagdschloss in Waren gewohnt. Für einen längeren Sommeraufenthalt in Waren habe er in diesem Jahre 400 Mark bezahlt. Dieser Verkehr mit den Sklareks habe ihn in seinem dienstlichen Verhalten nicht beeinflusst, denn er habe sogar die Kredite mit einer um ein Viertel Prozent höheren Provision belastet. Schmitt bestreitet ferner ganz entschieden, bare Zuwendungen von den Sklareks erhalten zu haben. Ihm sei ausschliesslich ein silbernes Kaffeeservice geschenkt worden. Ausserdem habe er auf Sklareks Pferde gewettet und dabei manchmal gewonne, aber auch verloren.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung des Zeugen Schmitt wird hauptsächlich die Frage erörtert, ob die Mitglieder des Kreditausschusses über die Unterlagen der Kredite unterrichtet gewesen sein mussten. Schmitt bejaht diese Frage, während die Zeugen Mühlmann und Rosenthal ganz entschieden bestreiten über die Unterlagen der Kredite unterrichtet gewesen zu sein. Sie hätten sich als ehrenamtlich tätige Bürger und Stadtverordnete unbedingt auf die Angaben der Direktion bzw. auf die Kreditkontrollstelle der Stadtbank verlassen müssen. Auf Befragen gibt Direktor Schmitt zu, dass die Kreditgrenze für die Sklareks von 7 Millionen im Dezember 1928 auf 10 Millionen im August 1929 erhöht worden ist. Erst später sei der Kreditausschuss telefonisch ins Bild gesetzt worden.

In der Nachmittagssitzung bekundet Stadtbankdirektor Schmitt, dass er im September 1928 die Sklareks um Abstimmung ihres Kontos mit den Bezirksämtern, ersucht habe. Sie hätten aber darum gebeten, bis zum Jahresschluss damit warten zu dürfen. Später hätten sie ihn sogar ersucht, die Revision bis nach den Stadtverordnetenwahlen zu verschieben. Da Schmitt schliesslich behauptet, dass im Gegensatz zu den Bekundungen des Oberregierungsrats Tapolski nichts davon bekannt sei, dass die Beamtenschaft und die Revisoren der Stadtbank sich zu der Kreditgebarung gegenüber den Sklareks äusserst reserviert verhalten hätten, werden dazu die Revisoren Fabian und Hoge vernommen.

Revisor Fabian bekundet, dass er mit seinen Kollegen Seidel im Oktober 1928 das Konto Sklarek geprüft habe. Sie hätten in ihrem Bericht u. a. bemerkt, dass es sich empfohlen dürfte, die Richtigkeit und Höhe des Rechnungsbetrages

der Firma Sklarek durch die Bezirksämter sofort bestätigen zu lassen. Dieser Bericht sei an die Hauptprüfungsstelle gegangen. Am 2. Dezember 1928 sei ihnen dort von Vertretern der Stadtbank erklärt worden, dass die Form ihrer Äusserung beim Magistrat vielleicht Anstoss erregen könnte, was den Stadtbankdirektoren, die den Kredit selbst verwalteten, unangenehm wäre. (Hört, hört) Sie müssten kritische Äusserungen unterlassen und die Nachprüfung der Kredite dem Kontrollbüro der Stadtbank überlassen. Sie hätten deshalb den Bericht umgeschrieben und nur gesagt: Die Richtigkeit der Angaben wäre noch vom Kreditkontrollbüro zu bestätigen. Der Zeuge Revisor Hoge berichtet von den wiederholten Prüfungen der Bücher der Sklareks. Häufig sei ihnen gesagt worden, dass die Bücher gerade beim Bücherrevisor seien. Sie hätten sich deshalb mit den Kladden, Rechnungskopien und Stichproben begnügen müssen. Erst später hätten sie erfahren, dass die Unterlagen gefälscht waren. Sie hätten sich immer an den Buchhalter Lehmann gewandt. Jetzt müssten sie allerdings annehmen, dass sie auch von diesem getäuscht worden seien.

Zeuge Mühlmann (Soz) bekundet, Bürgermeister Scholtz hätte bereits am 13. September unbedingt wissen müssen, dass mit den Sklareks etwas nicht in Ordnung sei. Trotzdem hätten die Sklareks am 20. September noch 300 000 Mark, am 25. September, also einen Tag vor ihrer Verhaftung 475 000 Mark von der Stadtbank abheben können. (Bewegung) Zeuge Direktor Schmitt meint, dass man damals ja noch nicht hätte wissen können, ob eine Verfehlung der Sklareks oder ein Versehen des Bezirksamts Spandau vorliegt. Noch am Tage vor der Verhaftung hätte der gesamte Vorstand dem Vizepolizeipräsidenten Weiss gegenüber die Sklareks nicht für schuldig gehalten.

Zeuge Banschloss von der Revisionsabteilung äusserst sich zu dem Revisionsbericht der Revisoren Fabian und Seidel dahin, dass er eine direkte Bestätigung jeder Rechnung durch die Bezirksämter bei der Stadtbank erreichen wollte. Direktor Schmitt habe ihm aber das Protokoll mit der Bemerkung zurückgegeben, dass die Sklarek-Kredite vom Kreditkontrollbüro bearbeitet werden. Diese Bemerkung sei in sehr unwirschem Tone gefallen. Schon am 13. September habe ihm, Banschloss, Fabian erklärt, dass die Rechnungen der Bezirksämter nicht zu stimmen scheinen. Im wäre aufgefallen, dass das Bezirksamt Spandau Zahlungen an die Stadtbank über das Postscheckamt geleitet haben sollte. Solche Postscheckzahlungen seien aber von Spandau nicht erfolgt; er sei darauf sofort mit Fabian zu Stadtbankdirektor Hoffmann gegangen, der wiederum sofort seinen Kollegen Schmitt verständigt habe. Als er sofort nach Neukölln habe fahren wollen, um festzustellen, ob auch dieses Bezirksamt Postschecküberweisungen gemacht hat, habe Hoffmann das verhindert mit der Bemerkung, dass dann die Öffentlichkeit aufmerksam werde. Am 14. September habe seine Rückfrage beim Rendanten vom Prenzlauer Berg, ob Postscheckzahlungen gemacht sind, ergeben, dass dort gar nicht so viel Geld in der Kasse gewesen sei, wie eingezahlt worden ist. Davon habe er telefonisch Hoffmann unterrichtet. Dieser habe ihm gesagt, dass Direktor Schmitt der Meinung ist, man solle zur Aufklärung die Sklareks selbst befragen (Bewegung). Auf seinen Hinweis, dass man doch Beschuldigte nicht über ihre eigenen Verfehlungen befragen könne, meinte Direktor Schmitt, dass ich zu schwarz sehe. Am Mittag seien zwei der Brüder Sklareks gekommen und hätten sich bereit erklärt, Dienstag über die Postscheckzahlungen Aufklärung zu geben. Er habe aber nur eine Frist bis Montag gesetzt. Am Montag habe er dann vom Direktor Schröder erfahren, dass alles in Ordnung sei da dieser selbst die Bücher eingesehen habe (Heiterkeit). Am Dienstag habe die Hauptprüfungsstelle dann durch Brandes die Sklarekkredite revidiert und nun sei er der Meinung gewesen, dass jetzt endlich die Unstimmigkeiten aufgedeckt wären. Am Mittwoch habe er schliesslich erfahren, dass "nichts zu erinnern" gewesen sei. Direktor Schmitt habe darauf festgestellt, dass somit der Sklarekkredit in Ordnung sei und es nicht angehen könne, die besten Kunden zu verächtigen. (Hört, hört) Eine Woche später sei dann die Verhaftung der Sklareks erfolgt.

Revisor Fabian bekundet noch, dass er nach Feststellung der Ordnungswidrigkeit bei den Postschecküberweisungen sofort einen Bericht gemacht hat. Die Direktoren der Stadtbank hätten es aber nicht für nötig gehalten, diesen Bericht der Hauptprüfungsstelle des Magistrats zu übergeben. Er sowohl als auch Banschloss seien aber durch Schweigepflicht verhindert gewesen, mit Brandes über diese Dinge zu sprechen.

Stadtbankdirektor Schmitt erklärt dazu, dass es vielleicht ein Fehler der Stadtbank gewesen sei, dass sie die Sklareks für ehrliche Leute gehalten habe. Schliesslich bekundet der Zeuge Tauschel von der Wechselkontrollstelle noch, dass manchmal Sklarekwechsel wegen schlechter Auskünfte zurückgewiesen wurden. Fortsetzung der Vernehmungen Mittwoch 10 Uhr.

SPD. Brüssel, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Sozialistische Kammerfraktion hat nach eingehender Debatte mit 36 gegen 15 Stimmen beschlossen, sich nicht an der parlamentarischen Kommission über die Sprachenfrage im Mittel- und Volksschulunterricht zu beteiligen. Sie will den Mehrheitsparteien allein die Verantwortung für den Gesetzentwurf überlassen.

Die Mehrheit der Fraktion liess sich von dem Gedanken leiten, dass es nicht Aufgabe der sozialistischen Opposition ist, die Gegensätze innerhalb der Mehrheitsparteien überbrücken zu helfen. Diese Gegensätze sind nach wie vor sehr ernster Natur. Das zeigt u. a. der an Dienstag von einem liberalen Abgeordneten eingebrachte Gesetzentwurf, wonach die Eltern der Schüler das Recht haben sollen, die Unterrichtssprache in den Mittel- und Volksschulen zu bestimmen, ein Vorschlag, den die flämischen Katholiken mit der grössten Entschiedenheit bekämpfen.

SPD. Innsbruck, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der christlich-soziale Tiroler Anzeiger schreibt zu der jüngsten Rede des Bundeskanzlers über die Beziehungen zwischen Österreich und Italien:

"Wenn wir heute lesen, dass nicht nur normale Beziehungen, sondern sogar eine herzliche Freundschaft zwischen Österreich und Italien besteht, dann gilt unsere erste Frage den Kosten dieser Freundschaft. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Preis, den Italien für seine Zustimmung zu der Anleihe verlangt, die künftige Nichtintervention in den Fragen Südtirols und vielleicht sogar die Unterdrückung der für Südtirol arbeitenden Propaganda. Wir zweifeln nicht daran, dass der Regierung die Freundschaft mit Italien der Anleihe wegen als politische Notwendigkeit erscheinen mag. Aber wir wollen mit allem Nachdruck feststellen, dass das Wort von der herzlichen Freundschaft wenigstens für uns Tiroler solange eine leere Phrase bleibt, als unsere Brüder in Südtirol unter dem Joch einer so schweren Unterdrückung schmachten."

SPD. Amsterdam, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

In den Militärwerkstätten des niederländisch-indischen Heeres in Bandung wurden 64 Beamte und Arbeiter plötzlich entlassen, Die Entlassung erfolgte wegen Zugehörigkeit zur indonesischen Nationalpartei.

SPD. München, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Nachforschungen nach dem Mörder der 16jährigen Bertha Weinmann sind bis Dienstag-Abend erfolglos geblieben. Gefunden wurde aber in der Nähe des Tatortes von Beamten des Erkennungsdienstes das Mordwerkzeug. Es ist ein 40 Centimeter langes Beil, dessen stark verrostete und blutbefleckte Schneide mit dem bisher vermissten Hut der Ermordeten umwickelt war. Der Hut selbst weist sechs Schnitte auf, die von den Schlägen herrühren, mit denen der Mörder den Kopf seines Opfers zertrümmerte.

Inzwischen ist die Polizei auch mit der Aufklärung eines Überfalles beschäftigt, der sich in unmittelbarer Nähe des Tatortes bereits am Sonnabend nachmittag abgespielt hat. Ein 21 jähriges Mädchen folgte aus dem Stadtinneren einem unbekanntem Mann zu einem Spaziergang in die abgelegene Gegend des Sendlinger Oberfeldes. Im Schutze eines kleinen Wäldchens fiel der Mann über das Mädchen her und suchte es zu vergewaltigen. Es wehrte sich aber nach Kräften und schrie um Hilfe, worauf der Unbekannte die Flucht ergriff. Die Überfallene hatte eine Gehirnerschütterung erlitten und musste in eine Klinik geschafft werden. Der Täter wird beschrieben als ein Mann von 40-50 Jahren und 1,70 Meter gross. Die Vermutung, dass dieser Überfall im Zusammenhang mit der Mordtat steht, liegt nahe.

Die ermordete Bertha Weinmann verliess am Sonntag abend sechs Uhr ihre Wohnung, nachdem sie sich bei ihrer Wirtin nach der Boschetsrieder Strasse in Sendling, wo die Tat geschah, erkundigt hatte. Nach Angabe der Wirtin hat die Ermordete vor etwa zehn Tagen einen angeblichen Studenten kennen gelernt, mit dem sie wiederholt ausgegangen und dem sie auch einmal zu einem Abendessen in seine Wohnung gefolgt sei. Nach diesem Zusammensein wollte die Weinmann nichts mehr mit dem Studenten zu tun haben, weil er ihr so gruselige Dinge über Leichen und herausgeschnittene Herzen usw. erzählt hatte. Wenige Tage darauf ging sie jedoch wieder mit ihm in ein Tanzlokal. Die polizeilichen Nachforschungen nach diesem angeblichen Studenten hatten bisher keinen Erfolg, ebenso fehlt noch jeder Anhaltspunkt darüber, wo sich die Ermordete am Sonntag abend von sechs bis $\frac{1}{2}$ 12 Uhr aufgehalten hat. Für Mitteilungen, die zur Ergreifung des Täters führen hat das bayerische Innenministerium eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

SPD. Budapest, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Anlässlich der Enthüllung des Rothermere-Denkmals in Oedenburg, das der ehemalige ungarische Gesandte beim Vatikan Alexander Nagy hat errichten lassen, wurde eine wüste Hetze gegen Österreich getrieben. So führte der Bürgermeister von Oedenburg, Turner, in seiner Rede ua. aus:

"Die Österreicher haben einen Anschauungsunterricht bekommen, als sie im Sommer 1921 mit blutigen Köpfen aus Oedenburg flüchten mussten. Oedenburg hat das Papier, auf welchem in Trianon das Friedensdiktat geschrieben wurde, in Stücke gerissen. Mit diesem Denkmal wird Oedenburg der ungarische Wohnort des Lord Rothermere."

Aus einem Brief, den Rothermere an den Stifter des Denkmal's gerichtet hat geht hervor, dass er die Spitze seiner Revisionspropaganda gegen Österreich richten will. Den ersten Kranz liess die ungarische Regierung am Denkmal niederlegen.

SPD. London, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Unterhaus begann am Dienstag die entscheidende zweite Lesung der von der Arbeiterregierung unterbreiteten Gesetzentwürfe zur Reorganisation des Kohlenbergbaues. Als Sprecher der Regierung war dem Handelsminister Graham die

schwierige Aufgabe übertragen worden, dem Parlamente ein Gesetz schmackhaft zu machen, das von seiner Mehrheit, den Konservativen und Liberalen, wenn auch aus verschiedenen Gründen, einer starken Kritik ausgesetzt worden war.

Der Handelsminister, der zwei Stunden sprach, begann mit einem Rückblick auf die Beziehungen zwischen der weltwirtschaftlichen Lage und den besonderen Schwierigkeiten der britischen Kohlenindustrie. Grossbritannien habe zurzeit der grössten Blüte seines Kohlenbergbaues vor dem Kriege 290 Millionen Tonnen jährlich gefördert, während die gesamte Förderung heute zwischen 245 und 250 Millionen Tonnen schwanke. Trotzdem sei jedoch kein Anlass zu übertriebenem Pessimismus vorhanden. Grossbritannien könne im Falle einer Reorganisation der heute in einem chaotischen Zustand befindlichen Industrie, einen Teil seiner europäischen Märkte, wenn auch nicht alle, zurückerobern. Der Zweck der vorgeschriebenen Massnahmen bestehe überhaupt darin, dem Bergbau Grossbritanniens die Möglichkeit zur Ausfuhr zu den herrschenden Weltmarktpreisen zu geben. Es sei nicht beabsichtigt, die britische Kohle im üblichen Sinne des Wortes zu subsidieren. Die besonderen Schwierigkeiten Grossbritanniens lägen in der Zersplitterung des Kohlenexportes. Solange Grossbritannien nicht in der Lage sei als Kohlen-Exporteur eine einheitliche Front mit den deutschen, polnischen, französischen und anderen Kohle-Konkurrenten zu bieten, besitze England keinerlei Aussichten, einen guten Platz auf dem internationalen Markt einzunehmen.

SPD. Antwerpen, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Antwerpen kam es im Anschluss an eine faschistische Versammlung zu schweren Zusammenstössen zwischen Faschisten und flämischen Nationalisten. Mehrere Personen wurden verletzt. Ein Teil der Hauptträdelsführer wurde verhaftet.

SPD. Leipzig, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Staatsgerichtshof befasste sich am Dienstag nochmals mit der Klage der preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei gegen das Land Preussen. Der Klage liegt der Erlass der preussischen Regierung gegen die Beteiligung von Beamten an dem Volksbegehren zugrunde. Eine Äusserung des Staatsgerichtshofes zu der Klage bzw. sein Urteil ist frühestens am Mittwoch nachmittag zu erwarten.

Im Verlauf der Verhandlungen wünschte Reichsgerichtspräsident Bumke eine Erklärung darüber, ob auf Grund von Einzeichnungen durch Beamte von der preussischen Regierung bereits Disziplinarverfahren eingereicht worden seien. Der preussische Vertreter erwiderte, dass derartige Verfahren bis heute nicht eingeschickt seien. Welche Absichten für die Zukunft beständen, sei ihm unbekannt. Der Anwalt der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags verlas daraufhin einige Pressenotizen, die sich mit dem Verbot der Beteiligung von Beamten am Volksbegehren befassen. Ministerialrat Dr. Badt stellte demgegenüber nochmals fest, dass bisher noch gegen keinen Beamten das Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei. Eine Nachprüfung der von deutschnationaler Seite vorgelegten Pressenotizen habe ergeben, dass deren Inhalt völlig aus der Luft gegriffen sei.

Im übrigen bestritten die Vertreter der preussischen Regierung die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes. Es handele sich bei dem Erlass der preussischen Regierung keineswegs um eine verfassungsrechtliche Streitsache, sondern um eine Regierungsmassnahme oder Warnung an einzelne Personen. Das sei nicht gleichbedeutend mit einem Akt der Staatswillensbildung. Andererseits habe eine einzelne Fraktion keineswegs Kontrollrecht über die Regierung.

Schliesslich aber dürfe im Hinblick auf den § 4 des Freiheitsgesetzes kein Beamter seinen vorgesetzten Minister als Lumpen oder Landesverräter bezeichnen, der ins Zuchthaus gehöre. Der Vertreter des Reichsinnenministerium, bezweifelte ebenfalls die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes.

Daraufhin wurde dem Staatsgerichtshof von dem Vertreter der preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei folgender neu formulierter Antrag vorgelegt: "Der Staatsgerichtshof wolle feststellen: Es ist mit der Verfassung nicht vereinbar, dass das Preussische Staatsministerium den preussischen Beamten auf dem Dienstwege eröffnet hat, ihr Eintreten für das Volksbegehren, gleichviel in welcher Form, sei mit den Beamtenpflichten nicht vereinbar. Die Verfassung gewährleistete vielmehr den Beamten 1) sich beim Volksbegehren in die Eintragungsliste schlechthin einzutragen und beim Volksentscheid ihrer Überzeugung entsprechend die Stimme abzugeben, 2) weiterhin das Recht, anderweitig für das Volksbegehren und den Volksentscheid einzutreten, sofern sie im Einzelfall durch die Art und Form ihres Eintretens die besonderen Beamtenpflichten nicht verletzen."

Ein Regierungsvertreter erklärte zu diesem Antrag es sei charakteristisch dass der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr dafür eintrete dass Beamte prinzipiell an jedem Volksbegehren teilnehmen dürften. Abgesehen davon sei das Petitionsrecht kein Freibrief für Gemeinheiten.

SPD. Schwerin, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages von Mecklenburg-Schwerin hatte die Regierung ersucht, ihre Vertretung im Reichstag mit der Zustimmung zu den Ergebnissen der Haager Konferenz zu beauftragen. Die Kommunisten hatten einen entgegengesetzten Antrag eingebracht. Die Regierungsmehrheit, zu der u.a. die Nationalsozialisten und die Volkspartei zählen, rettete sich dadurch aus der Zwickmühle, dass sie über beide Anträge mit einer Stimme Mehrheit zur Tagesordnung überging, weil man zum Youngplan nicht Stellung nehmen könne, bevor eine entsprechende Vorlage der Reichsregierung vorliege.

SPD. Kopenhagen, 17. Dezember (Eig. Dr.)

Die Vertreter der dänischen Landwirtschaft und Exportorganisationen nahmen zu den von deutscher Seite gegen Dänemark geplanten Zollerhöhungen einstimmig eine Entschliessung an, in der gegen die deutsche Auslegung des Dänemark zustehenden Meistbegünstigungsrechtes scharf protestiert und die Regierung aufgefordert wird, mit der deutschen Regierung über die vorgeschlagenen Erhöhungen der Landwirtschaftszölle und der ungleichen Behandlung der dänischen Waren zu verhandeln. Wenn dieser Schritt ohne Erfolg bleibe, werde an die dänische Bevölkerung die Aufforderung gerichtet werden, soweit als möglich englische Industriewaren den deutschen vorzuziehen.

Die konservative Fraktion des Reichstags hat die Regierung inzwischen aufgefordert, den Reichstag zu einer vertraulichen Sitzung einzuberufen, damit über den Stand der Verhandlungen mit Deutschland bezüglich der Einfuhr dänischer Landwirtschaftserzeugnisse Bericht erstattet werden könne. Die Sitzung wird voraussichtlich noch Ende dieser Woche stattfinden.

Der dänische Landwirtschaftsminister erklärte einem Vertreter des "Soz. Pressedienst", der dänische Gesandte in Berlin habe die Weisung erhalten, gegen die von deutscher Seite angekündigte Auslegung des dänischen Meistbegünstigungsrechtes für dänische Landwirtschaftserzeugnisse Protest einzulegen.

SPD. Köln, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Stadtverordnetenversammlung wählte am Dienstag den gegenwärtigen Oberbürgermeister Dr. Adenauer mit 49 Stimmen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten gegen 47 Stimmen der anderen Parteien auf weitere 12 Jahre zum Oberbürgermeister. Die Sozialdemokraten gaben ihre Stimme dem Fraktionsvorsitzenden Görlinger. Die Deutschnationalen stimmten für den Oberbürgermeister Dr. Lehr in Düsseldorf. Die kommunistischen Stimmen vereinigten sich auf den Rechtsanwalt Obuch in Düsseldorf. Die Nationalsozialisten stimmten für den Reichstagsabgeordneten Frick-München, die Wirtschaftspartei stimmte für einen Kölner Mittelständler.

Vor der Wahl des Oberbürgermeisters gaben die Sozialdemokraten eine scharfe Erklärung gegen die Kommunalpolitik Adenauers ab. Darin heisst es u.a., dass durch die Politik Adenauers die Schuldenlast der Stadt Köln im Verhältnis zur Einwohnerzahl und zur Bilanz und Steuerkraft der Kommunen grösser sei als in irgend einer anderen deutschen Grosstadt. Der Oberbürgermeister besitze nach seiner Persönlichkeit nicht den Willen noch die Kraft zur Umkehr. Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion glaube daher nicht, dass der Oberbürgermeister imstande sei, die Stadt Köln aus ihren Finanzschwierigkeiten herauszuführen, es sei denn, dass ein solcher Weg auf Kosten einer brutalen Belastung der arbeitenden Schichten Kölns beschritten werde. Aus diesen Gründen lehne die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion die Wiederwahl des Oberbürgermeisters Adenauer ab.

Adenauer hat die nur mit 2 Stimmen Mehrheit erfolgte Wahl vorerst nicht angenommen.

SPD. Brüssel, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der Nähe von Tirlemont fiel ein Autobus, der Arbeiter an ihre Arbeitsstelle brachte, eine vier Meter hohe Böschung hinab. Zwei Arbeiter wurden getötet, vier schwer verletzt. Siebzehn Arbeiter trugen leichte Verletzungen davon.

SPD. Paris, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der französische Flieger Coste, der kürzlich mit seinem Flug nach der Mandschurei den Weltrekord im Streckenflug an sich gebracht hat, hat am Dienstag auch den Dauerluftrekord zu erringen vermocht. Nach beinahe 53stündiger Flugzeit, die er in geschlossenen Kreisen zwischen Narbonne und Avignon absolvierte, ist er am Dienstag mittag wohlbehalten gelandet.

SPD. Brüssel, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die belgische Kammer beendete am Dienstag die Debatte über die Erklärung der neuen Regierung Jaspars. Das Programm der Regierung fand gegen die Stimmen der Sozialisten die Billigung der Regierungsparteien.

SPD. Die Verhandlungen über die neue Reichsanleihe dürften am Donnerstag abgeschlossen werden. Damit sind die anfänglich befürchteten Ultimo-Schwierigkeiten als behoben zu betrachten.

SPD. London, 17. Dez. (Eig.Drahtb.)

Die beiden britischen Fliegeroffiziere Jones-Williams und Jenkins sind am Donnerstag vom Flugplatz Cranwell zu einem Flug ohne Zwischenlandung nach Südafrika gestartet. Die Flieger hoffen in rund 55 Stunden eine Distanz von über 10 000 Kilometern zurückzuliegen und damit den bisherigen Weltrekord zu brechen. Dieser wird von den Franzosen Costes und Bellonte mit einem Flug von Paris nach der Mandchurei gehalten.

SPD. Warschau, 17. Dez. (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag fand eine mehrstündige Konferenz des Staatspräsidenten mit den Führern der Sejm-Clubs statt, die jedoch nicht, wie erwartet, der Regierungskrise gewidmet war, sondern die Stellung des Sejm zur Verfassungsreform klarlegen sollte. Im Laufe der Diskussion teilte der Staatspräsident mit, dass der bisherige Ministerpräsident Switalski nicht mit der Neubildung der Regierung beauftragt werde,

SPD. Hamburg, 17. Dez. (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag hatte die Deutsche Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegraphie m.b.H. zu einer Fahrt eingeladen, auf der drahtlose Telephonie vom Schiff aus demonstriert wurde. Von dem Hapag-Seebärdampfer "Adler" aus wurde u.a. über Cuxhaven mit dem Dampfer "Höxter" gesprochen, der auf der Reede von Reval liegt.

Die drahtlose Telephonie vom Schiff aus beruht im Prinzip auf die gleichen technischen Voraussetzungen wie die Zugtelephonie. Immerhin ergeben sich wegen der ungleich grösseren Entfernungen für die Schiffstelephonie eine Reihe neuer technischer Probleme. Vor allem sind für die Schiffstelephonie grössere Energiemengen erforderlich. Die bei der Ausbildung des neuesten zweiges der Telephonie angenommene Reichweite von 200 Seemeilen ist mit dem von dem "Adler" aus geführten Gespräch mit dem "Höxter" praktisch übertroffen worden. Damit eröffnen sich Perspektiven von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Nahtelephonie gibt den Reedereien die Möglichkeit, mit ihren Schiffen in der Nord- und Ostsee direkt telefonisch zu verkehren, also eine schnelle und unmittelbare Verständigung herbeizuführen. Diese direkte im Gegengespräch mögliche Verständigung ist der Fortschritt gegenüber den bisherigen Möglichkeiten, die nur einseitige oder wechselseitige Unterrichtungen zulassen. Für die Nahtelephonie sind bereits zwei Stationen eingerichtet, und zwar für die Nordsee in Cuxhaven und für die Ostsee in Swinemünde. Ausserdem wird demnächst für den Fernverkehr eine Station in Norddeich eingerichtet.

Schluss des politischen Teils.- Auf wiederhören am

Mittwoch früh auf Welle 2850.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 17. Dez. (Fig. Bericht.)

Der Reichstag setzte in seiner Dienstag-Sitzung die Beratung des Berichtes über die vom Wohnungsausschuss aufgestellten Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen fort. Ueber den Inhalt dieser Richtlinien haben wir schon vor einigen Tagen berichtet. Mit der Beratung wird die Debatte über einen Antrag Lipinski und Genossen verbunden, der unterstützt ist vom Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokraten. Dieser Antrag will erzwingen, dass alle Rückflüsse von Hauszinssteuer-Hypotheken und allen sonstigen Darlehen, die aus Mitteln der Hauszinssteuer gegeben worden sind, unbedingt im vollen Umfange dem Wohnungsbau und der ländlichen Siedlung zugute kommen sollen. Eine Aenderung der Verwendungsart dieser Mittel durch die Gemeinden, die Kommunalverbände und sonstigen Stellen soll nur durch Reichsgesetz zulässig sein. Die Länder sollen alljährlich der Reichsregierung nachweisen, welche Rückflüsse bei ihnen eingegangen sind, und wie diese verwendet wurden.

Reichsarbeitsminister Wissell leitete die Debatte durch eine grosse wohnungspolitische Rede ein. Er wandte sich polemisch gegen die Wirtschaftspartei, die behauptet hatte, eine Wohnungsnot würde nicht mehr bestehen, wenn nicht sehr viele Einzelpersonen grosse Wohnungen inne hätten. Wissell führte aufgrund der amtlichen Statistik von 27 grossen deutschen Städten den Nachweis, dass es sich bei diesen Einzelpersonen in grossen Wohnung so gut wie ausschliesslich um ältere Leute handelt, insbesondere um geschiedene oder verwitwete Frauen, die durch möbliert Vermieten ihre Existenz fristen. Wissell kündigte weiter an, dass über das vom Reichstag verlangte Bodenreformgesetz zurzeit zwischen den Reichsressorts verhandelt werde. Die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes werden demnächst dem Reichstag zugehen. Sehr deutlich wies der Reichsarbeitsminister die Zumutungen zurück, die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen abzubauen. Mit grossem Nachdruck verlangte er, dass die Mittel aus der Hauszinssteuer vor allem den Wohnungen zugute kommen, die von wirklich armen Leuten bezahlt werden können. Auch der Aermste müsse zur Hauszinssteuer beitragen und habe Anspruch auf eine gute Wohnung. Aufsehen erregte die Mitteilung Wissells, dass seit dem Jahre 1919 in Deutschland ein reiner Zugang von 1 650 000 Wohnungen zu verzeichnen sei. Rechne man dazu die durch Abbruch und sonstige Ursachen nicht mehr benutzten Wohnungen, so komme doch eine gewaltige wohnungspolitische Leistung heraus.

Sehr im Gegensatz zu dieser Rede des Ministers stand der Vortrag der sächsischen Volksparteilerin Dr. Hertwig-Bünger. Sie erzählte das alte Märchen, dass bei dem Abbau der Wohnungsämter 500 - 600 Millionen Mark gespart werden können. Die Wohnungszwangswirtschaft müsse so schnell wie möglich verschwinden.

Der volksparteilichen Rednerin antwortete der sozialdemokratische Abg. Wendt. Er legte 18 Bände von Berichten der Berliner Ortskrankenkasse auf den Tisch des Hauses nieder und lud die Redner der Wirtschaftspartei, die das Vorhandensein von Wohnungselend bestreiten ein, sich diese Berichte einmal anzusehen. Die Wirtschaftspartei wurde während der von gutem Material gestützten und temperamentvollen Rede des Sozialdemokraten Wendt recht unruhig. Es zeigte sich, dass das zwei Welten aufeinander stossen. Schon die von der Sozialdemokratie geforderte Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege macht die Herren von der Wirtschaftspartei nervös. Als Wendt erklärte, die Sozialdemokratie verlange, dass auch nach der Behebung der Wohnungsnot die öffentliche Hand noch ihre Finger im Wohnungswesen habe, markierten die Wirtschaftsparteiler einen grossen Entrüstungssturm. Wendt verlangte, dass auch die Industriestädte und die Arbeitsviertel schön gebaut würden, was bei billigem Boden möglich sei. Darum forderte er einen Ausbau des Enteignungsrechtes und eine Beschleunigung des Enteignungsverfahrens.

Die österreichische Verfassungsreform.

Von Friedrich Austerlitz,
Chefredakteur der Wiener Arbeiterzeitung.

SPD. Eine Verfassung, die man für die Heimwehren machen will, kann sich nur gegen die Sozialdemokratie richten. Es kann nur eine Verfassung sein, die alles benagt, worin Recht und Macht der Arbeiterklasse verankert sind. Die Entwürfe, die die Regierung Schober im Nationalrat am 18. Oktober eingebracht hat, wären wohl eine ganze und echte Heimwehrverfassung gewesen; was sich in unserer republikanischen und modernen Zeit in eine Verfassung, die nicht in aller Form eine Diktatur etabliert, an Anschlägen gegen die Sozialdemokratie eintragen lässt, das war in diesen Entwürfen säuberlich zusammengetragen. Das war umso leichter, als die Verfassung der österreichischen Republik die Idee der aus der Volkssouveränität erfließenden Herrschaft des Parlaments von allen Nachkriegsverfassungen am reinsten erfüllt hat und dem geistigen Gehalt einer demokratischen Republik vielleicht am meisten Rechnung trägt. Ein paar Exempel nun, wie diese Verfassung "reformiert" hätte werden sollen.

Österreich hat nicht nur die Adelsbezeichnungen, es hat den Adel abgeschafft; er sollte wieder eingeführt werden. Das Staatswappen der Republik enthält neben der Mauerkrone, die den Bürger, der Sichel, die den Landmann, auch den Hammer, der den Arbeiter symbolisiert; der Hammer sollte beseitigt werden. Die Republik hat die Zensur abgeschafft, jede Zensur; ihr sollte Raum gemacht werden. Die österreichische Verfassung kennt keine Möglichkeit, Grundrechte zu suspendieren, wie sie etwa der Artikel 48 der Weimarer Verfassung in so reichlicher Masse enthält; diese Möglichkeit sollte die Verfassung bringen, die Grundrechte über die Freiheit der Person, über das Hausrecht und über die Freiheit der Meinungsäußerung sollte die Regierung sistieren können. Österreich hat noch die echten Schwurgerichte und nicht bloss für schwere gemeine Verbrechen, sondern für politische Verbrechen und Vergehen überhaupt; sie sollten zu Gunsten der erweiterten Schöffengerichte, die man in Deutschland aus trauriger Erfahrung so ausreichend kennt, beseitigt werden. Der Bundesrat, die Vertretung der Länder (etwa dem Reichsrat in der Reichsverfassung entsprechen), in denen sie gemäss ihrer Grösse vertreten sind, (Wien also zwölf, Vorarlberg beispielsweise drei Vertreter hat) sollte einem "Länderrat" weichen, in dem alle Länder gleich (Wien und wieder etwa Vorarlberg) durch zwei Mitglieder vertreten sein sollten; von den achtzehn Mitgliedern hätten demnach die Sozialdemokraten zwei gehabt. Daneben sollte ein mysteriöser Ständerat ("aus Vertretern der Berufsstände des Bundesvolks") eingeführt werden; eine Spottgeburt aus pseudowissenschaftlicher Verstiegenheit und spiessbürgerlicher Abneigung gegen die politische Gleichheit. Die Polizei sollte mit einer ausgewachsenen Verordnungsgewalt ausgerüstet werden, das auch vor den Gesetzen nicht halt hätte machen müssen. Der Bundespräsident hätte ein Notverordnungsrecht erhalten sollen, das ihn berechtigt hätte, Gesetze auch während der Tagung des Parlaments zu erlassen, sogar dann, wenn das Parlament in der Verhandlung der betreffenden Sache steht, nur sich vielleicht zu säumig erweist. Mangels rechtzeitiger Bewilligung des Budgets hätte die Regierung durch das ganze Finanzjahr auch ohne Gesetz sollen wirtschaften können. Die Anrufung des Verfassungsgerichtshofes wegen Verletzung verfassungsmässiger Rechte, ein altes und wertvolles staatsbürgerliches Recht in Österreich, hätte den Staatsbürgern genommen werden sollen. Im Falle einer Auflösung des Nationalrats hätte die Neuwahl nur eintreten sollen, "sofern nicht ausserordentliche Verhältnisse entgegenstehen". Und die Krönung dieser reaktionären Anschläge: es sollten künftig Änderungen der Verfassung, die natürlich auch in Österreich an eine Zweidrittelmehrheit gebunden sind, in einer "Volksabstimmung" mit einfacher Mehrheit zur Verfassung gemacht werden, obgleich sie im Parlament die Zweidrittelmehrheit nicht gefunden hatten. Die Verfassung der "demokratischen

Republik" sollte also gründlich entdemokratisiert und entrepublikanisiert werden. Aber aus allen diesen Plänen ist nichts geworden; alles das haben die Sozialdemokraten abgelehnt und das alles haben sie verhindert. Nichts von alledem ist beschlossen worden.

Hat alles dies gegen die Sozialdemokratie indirekt gezielt, so anderes direkt; jede ihrer Machtstellungen sollte erschüttert werden. Erstens natürlich die in Wien. Die Stadt Wien hat in dem österreichischen Bundesstaate die Rechte und Befugnisse eines Landes - was die Gegner eine "willkürliche Konstruktion" schelten, was aber angesichts der Kleinheit und Dürftigkeit dieser Bundesländer, die alle an Grösse und Kulturbedeutung von Wien überragt werden, wohl nur selbstverständlich ist. Dieser Eigenschaft als "Land" sollte Wien nun entkleidet werden; im Rahmen des Bundes sollte Wien zu einer - Bezirkshauptmannschaft degradiert werden und unter die Fuchtel der hohen Bundesregierung gebracht werden, die in der "Bundeshauptstadt" mehr zu sagen gehabt hätte als weisland der Kaiser in seiner "Reichshaupt- und Residenzstadt". Es ist eben das rote Wien, das ihnen die Pein ins Gebein jagt, die Tatsache, dass Wien eine sozialdemokratische Gemeindeverwaltung hat und dass diese Verwaltung wirklich sozial verwaltet, die sozialen Notwendigkeiten ihren Geist und Inhalt bestimmen. Wien hat zwar eine fast Zweidrittelmehrheit von Sozialdemokraten (bei der letzten Wahl von 1 170 708 Abstimmenden 693 361 Sozialdemokraten!), aber diese sozialdemokratische Mehrheit sollte um alle Wirksamkeit gebracht werden. Der zweite Anschlag zielte gegen die sozialdemokratische Mitregierung in den Ländern; da sich die sogenannten Landesregierungen auf Grund des Verhältniswahlrechts bilden, so wird jeder beträchtlichen sozialdemokratischen Minorität ein Anteil an Regierung und Verwaltung des Landes verbürgt. Dieser Zustand sollte radikal beseitigt werden; die Bundesverfassung sollte dekretieren, dass die Landesregierungen von den Landtagen nach dem Grundsatz der Mehrheitswahl zu bilden sind. Das dritte, was die Bürgerlichen ängstigt, ist der sozialdemokratische Vormarsch in den kleinen Gemeinden und Dörfern: deshalb sollte in allen Gemeinden unter 5000 Einwohnern, die in dem städtearmen Österreich ein beträchtlicher Teil der Gesamtbevölkerung sind, für die Gemeinderatswahlen der Proporz abgeschafft werden, diese Gemeinden sollten also von dem Eindringen der Sozialdemokraten bewahrt bleiben Keiner dieser infamen Anschläge auf die Machtpositionen der Sozialdemokraten ist realisiert worden; nichts davon wird die neue Verfassung zieren. Insbesondere bleibt Wien nicht nur ein gleichberechtigtes Land, sondern es bleibt, was es ist; was an der Wiener Verfassung geändert worden ist, hat keine Bedeutung und kann eher (wie die Verstärkung des Instanzenzuges und die Einrichtung von Kommissionen zur Entscheidung von Steuerstreitigkeiten) als Verbesserung erachtet werden.

Es ist an andern Paragraphen des Verfassungsgesetzes, was bei 152 Paragraphen natürlich nicht schwer ist, wohl mannigfach herumtextiert worden, aber es sind das in Wahrheit alles nur Läppereien, die nicht einmal der Wiedergabe wert sind. Bedauerlich ist nur eines: dass das Wahlalter etwa um ein halbes Jahr heraufgesetzt worden ist. (bisher musste das 21. Lebensjahr angefangen sein jetzt muss es vollendet sein); alles übrige ist der müssige Streit von Verfassungsgelehrten, die sich immer und überall einbilden, mit ihrem zufälligen Text den Stein der Weisen gefunden zu haben. Nur eine einzige Änderung fällt ins Gewicht: dass das Verhältnis zwischen Bundespräsidenten und Nationalrat wesentlich verschoben wird. Es war so, dass die österreichische Republik zuerst einen Präsidenten überhaupt nicht hatte, sich damit begnügte, die üblichen Funktionen des "Staatsoberhauptes" dem Präsidenten der Nationalversammlung zu übertragen; danach zwar einen Bundespräsidenten erschuf, ihm aber politischen Einfluss nicht gab; der österreichische Bundespräsident war bisher nur zum Repräsentieren da. Nun wird es anders; Rechte, die bisher der Nationalrat innehatte, gehen auf den Bundespräsidenten über, der fortan auch nicht mehr von der Bundesversammlung (Nationalrat und Bundesrat), sondern vom "ganzen Bundesvolk" gewählt werden wird. Jetzt wird die Bundesregierung vom Nationalrat gewählt,

nun wird er sie ernennen; jetzt kann sich der Nationalrat nur selbst auflösen, das soll bleiben, aber auch der Bundespräsident wird ihn auflösen können. Der Bundespräsident bekommt auch ein Notverordnungsrecht, nicht annähernd so gross wie das des Reichspräsidenten und geradezu mit einem Stacheldraht von Kautelen umhegt; aber alles das ergibt, dass er aus dem Schatten tritt und zu einer politischen Potenz wird. Die österreichischen Sozialdemokraten haben dieser Erhöhung der präsidentialen Macht lange widerstrebt. Aber dass es Nachteile und Gefahren hat, alles auf die Verhältnisse im Parlament abzustellen, die so schwankend sind und noch lange nicht fest begründet sein werden, zeigen die Erfahrungen in allen Staaten. Und dann trifft diese Kräfteverschiebung vor allem die Mehrheit, und sich für die Unantastbarkeit der Berechtigungen einer Mehrheit einzusetzen, die seit einem Jahrzehnt ohne und gegen die Sozialdemokratie gebildet wird, dazu hatte die Sozialdemokratie keinen Anlass. Die Erhöhung der Stellung des Bundespräsidenten ist also sozusagen eine häusliche Angelegenheit der bürgerlichen Welt. Die Entwicklung der Sozialdemokratie ist von ihr in keiner Weise abhängig und am wenigsten kann von ihr der Faschismus profitieren.

Aus der Verfassungsrevision, deren Vorsatz es war, die österreichische Sozialdemokratie zu zerschmettern, ist also ein bescheidenes Gesetz von im Wesen ungefährlichen und in mancher Hinsicht sogar nützlichen Reformen geworden. Der gefährlichste Angriff, der je in Österreich gegen die Arbeiterklasse gewagt wurde, ist abgeschlagen worden. Dem Anscheine nach wäre die Sozialdemokratie in Stande gewesen, die ganze Reform und vorweg abzuweisen; weil sie über mehr als ein Drittel der Mandate im Nationalrat verfügt, ohne ihre Stimmen also kein Verfassungsgesetz beschlossen werden kann. Aber nicht jede formelle Möglichkeit ist eine materielle: nachdem die Dinge so weit gediehen waren, musste der Kampf auch sachlich ausgetragen, musste die Schlacht ausgekämpft werden. Ein blosses Nein hätte nicht ausgereicht, die Attacke abzuwehren, hätte die Angriffskraft der Gegner nur gesteigert, hätte dem schleichenden Faschismus eine moralische Rechtfertigung verschafft. Die Feinde mussten überwunden werden und das konnten sie nur in der Abstimmung werden. Die fascistische Ideologie wird noch weiter in Österreich spucken, der Kampf gegen sie ist noch lange nicht zu Ende, aber der Ausgang des Kampfes um die Verfassungsrevision ist doch ein Sieg über den Faschismus, von dem er sich nicht mehr erheben, an dem er in Österreich ersterben wird.

SPD, Halle, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Kommunistische Partei in Halle fährt mit dem serienweisen Hinauswurf ihrer Mitglieder fort. Am Montag hat sie den kommunistischen Verwaltungsdirektor der Ortskrankenkasse und den Angestellten des kommunistischen Parteiblattes Konrektor Kleemann ausgeschlossen. Ihnen sind am Dienstag die beiden kommunistischen Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft in Halle gefolgt. Sie haben es abgelehnt, verrückte Befehle der kommunistischen Parteileitung auszuführen.

SPD, Athen, 17. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die vor einigen Tagen in der griechischen Hauptstadt verhafteten kommunistischen Studenten stehen seit Dienstag im Hungerstreik. Zahlreiche Ärzte sind bemüht, die Streikenden künstlich zu ernähren.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Mister Shaw.

SPD. G.B.Shaw hat den "Kaiser von Amerika" fabriziert. Viele von uns haben den Kopf geschüttelt. G.B.Shaw, Mitglied von Labour, und so bittere Satire gegen die Demokratie - wie kann man? Aber nun erfahren wir plötzlich in einem in Deutschland veröffentlichten Aufsatz von ihm, dass es nicht so sehr England und Amerika angeht, als uns selber, alle, die noch "die alten Träume von der Demokratie" träumen, die der Nation nur "die Sensation einer Selbstregierung" gibt, ohne die Selbstregierung selber. Ganz besonders uns in Deutschland. Das ist ein kräftiger Stoss, der berühmte psychologische Chok. Schon will man nachdenken, da erhält man von Shaw das folgende versetzt:

"Was nun aber die Demokratie in Deutschland betrifft, so haben meine alten Beziehungen zu den Sozialdemokraten mir alle Illusionen über ihre hoffnungslose Nutzlosigkeit geraubt. Der Aufstieg der Partei für Stimmenzuwachs von Wahl zu Wahl, ihre Presse, ihre Verbreitung über die Welt, ihre staunenswerte Disziplin sind der Stolz und der Ruhm der proletarischen Politik gewesen. Es ist etwas passiert: Der Krieg. Wenn die deutschen Sozialdemokraten auch nur einen Pfifferling wert gewesen wären, so würde es ein Krieg zwischen Russland und Deutschösterreich gewesen sein, ohne einen einzigen deutschen Soldaten östlich der Oder, und die Verbündeten Russlands wären durch die Demokratie des Westens in Schach gehalten worden."

Aber Mister Shaw, sollten Sie nicht selbst einen recht kräftigen psychologischen Chok gegen ihre alten eigenen Träume notwendig haben? Was soll man zu einem solchen Rückfall in die Kriegsmentalität sagen? Man kann nichts anderes sagen, als abermals ihn selber zitieren:

"Übereifrige Journalisten bestehen darauf, dass ich eine besondere Art Parteidiot sei, während ich tatsächlich überhaupt kein Idiot oder doch ein einzigartiger, von einer ganz anderen Sorte, als von der gewöhnlichen politischen bin."

Die Königstreuen.

Der Polizeipräsident von Königsberg hat sich für die Umbenennung der Königsallee in Stresemannallee eingesetzt. Er hat die Umbenennung angeordnet. Der Oberbürgermeister von Königsberg war jedoch damit gar nicht einverstanden. Er hat alle Hebel in Bewegung gesetzt. Auf seine Anordnung wurden die neuen Strassenschilder mit der Aufschrift Stresemannallee entfernt und die alten Schilder wieder angebracht. Der Oberbürgermeister hat ferner die Entscheidung des Regierungspräsidenten v. Bahrfield angerufen und der Regierungspräsident hat die Verfügung des Polizeipräsidenten für vorläufig ungültig erklärt. Es war nichts mit der Stresemann-Allee, die Königsallee ist wieder auferstanden.

Der Witz der Geschichte ist aber der: Sowohl der Oberbürgermeister, als auch der Regierungspräsident sind - Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Woraus man den Schluss ziehen muss: Die monarchische Tradition geht ihnen über die Stresemann-Tradition. Sie möchten zwar gerne eine Stresemannstrasse haben, aber noch lieber eine Königsstrasse!

15 Jahre hinter der Weltgeschichte her.

In der Zeitschrift der rechtsradikalen bündischen Jugend "Das junge Volk" wird das Werben für den revolutionären Nationalsozialismus fortgesetzt. Die Kreise, die sich um diese Zeitschrift sammeln, und die Art ihrer Propaganda lassen erkennen, dass es sich um eine Entwicklungsstufe handelt, die die Arbeiterschaft längst hinter sich hat. Der neueste grosse Propagandist dieser Kreise ist Fritz Wolffheim, einst zusammen mit Lauffenberg Führer eines besonderen oppositionellen Flügels gegen die Sozialdemokratie im Krieg. Die neueste Nummer dieser Zeitschrift besteht zum grössten Teil aus Zitaten aus Wolffheim'schen Schriften. Kopfschüttelnd sieht man da längst vergangene Dinge wieder auferstehen, so "Burgfrieden, Nation und Landesverteidigung", verfasst von Lauffenberg und Wolffheim im März 1915, eine Flugschrift von Wolffheim vom August 1917, "Revolution, Räte und Heeresauflösung" von Fritz Wolffheim aus dem Oktober 1918, und die Bemühungen von Wolffheim um den Nationalbolschewismus im November 1921. An der Spitze von allem ein nationalbolschewistischer Aufsatz von Wolffheim, der wütend über die deutsche Sozialdemokratie herfällt. Die Argumentation ist die Wiederaufwärmung der Wolffheim'schen Propaganda aus der ersten Zeit des Krieges. Es ist eine Phantasie von Leuten, die tatsächlich glauben, mit der Wiederanknüpfung an eine längst entschwundene Vergangenheit die Sozialdemokratie schädigen zu können.

Zu wessen Gunsten? Darüber äussert sich Friedrich Kopp, Führer der Hitlerjugend in Berlin: "In diesem Betracht gewinnt die Jugendbewegung der N.S.D.A.F die Hitlerjugend, der Bund der Arbeiter- und Bauernjugend eine massgebend wichtige und zukunftssträchtige Rolle für die deutsche sozialistische Revolution. Mit dieser Kernschar des Sozialismus wird einmal die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als sozialistische Partei bewährt werden vor dem deutschen Proletariat und seiner Jugend."

Das ist die Agitation des deutschen Faschismus!

Kleine Weihnachtsbilder.

In einer Berliner illustrierten Zeitschrift finden wir einen rührseligen Aufsatz "Gute Freunde und Hausgenossen". Es wird geschildert wie es unsagbaren Schwierigkeiten gelungen ist, Asyle und Horte für obdachlose Tiere, verlaufene Hunde, verirrte und fortgejagte Katzen ins Leben zu rufen. Mit der Zeit, so heisst es weiter, "konnte man diesen Horten für die Verlassenen und die Findlinge auch Pensionate für wirtschaftlich bessergestellte vierfüssige Hausgenossen angliedern." Zur Illustration für die Pensionate für wirtschaftlich bessergestellte Tiere sieht man daneben ein Bild mit der Unterschrift: "Ein Staatszimmer in der Katzenpension". Die Pension mit der Luxuskabine für die wirtschaftlich bessergestellte Katze - aber was für die zweibeinigen wirtschaftlich schlechter Gestellten?

Die Bildbeilage von Scherl-Hugenberg veröffentlicht ein grosses Bild: Zwei elegante kleine Mädchen vor einem Puppenladen; Unterschrift: "Guck mal, die schöne Puppe da möchte ich haben." Der Leser der Hugenbergpresse nimmt das beruhigende Gefühl mit, dass die eleganten Kinder ihre schöne Puppe sicherlich bekommen werden. Wären die Kleinen weniger elegant, müsste er zweifeln, ob der Wunsch auch wirklich in Erfüllung geht, so wäre das hetzerische Propaganda, nicht wahr?

Deutscher Reichstag

118. Sitzung vom 17. Dezember 1929.

SPD. Die Aussprache über die Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen wird fortgesetzt.

Reichsarbeitsminister Wissell

widerlegt eingehend die Ausführungen des Redners der Wirtschaftspartei in der früheren Debatte: Niemand, der die Wohnungsverhältnisse kennt und der weiss, wieviele Tausende Familien seit Jahren auf ein eigenes Heim warten, wer jemals einen Blick in die Elendsquartiere geworfen hat, die leider noch immer bestehen, wird sich der Aufgabe entziehen können, an der Beseitigung dieser Uebelstände mitzuwirken. Kein objektiver Mensch wird heute bestreiten, dass eine grundlegende Aenderung der Wohnungsverhältnisse nur durch umfassenden Neubau von Wohnungen erreicht werden kann. Wir alle wissen, dass die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse und eine grosse Reihe anderer wichtigen Aufgaben uns hemmen, und dass das Endziel der Verfassung noch in weiter Ferne liegt, nämlich jedem Deutschen eine gesunde Wohnung zu geben und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechendes Wohn- und Wirtschaftsheim zu sichern.

Die Reichsrichtlinien beschränken sich zunächst auf die dringendsten Aufgaben, und zwar auf das Herausnehmen von Familien, die mit anderen zusammen in überfüllten Wohnungen leben, auf die Abschaffung abbruchreifer Wohnungen und die bessere Unterbringung der Einwohner, auf die Herausnahme kinderreicher und gesundheitlich gefährdeter Familien aus überfüllten und unzureichenden Wohnungen, auf die Schaffung neuer Wohnungen für diejenigen Arbeiter, die durch Umschichtung oder Rationalisierung der Betriebe mit einer Veränderung des Standortes zu rechnen haben. endlich auf die Festhaltung der Landarbeiter in ihrer Heimat durch Ansiedlung auf eigener Scholle. Wenn im Ausschuss auch die Einrichtung einer durchgreifenden Wohnungsaufsicht und - Pflege gefordert worden ist, und wenn diese Forderung hier bekämpft wurde, so stelle ich fest, dass damit gar nichts Neues angestrebt wird, sondern nur die Durchführung und nötigenfalls Anpassung einer schon vor dem Krieg erlassenen Gesetzgebung. Der Abgeordnete Lucke hat die von uns vorgelegten Zahlen angefochten, da er sie aber ohne jedes Wort der Kritik in der Zeitschrift "Für deutsche Bodenbesitzer" benutzt hat, so können diese Zahlen nicht so falsch sein. (Sehr gut) Wer sich über Wohnungsnot und Wohnungselend unterrichten will, dem empfehle ich die ebenso genannte Schrift des Vereins für das Wohnungswesen.

Die Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien liegt ebenso im Interesse der Gesellschaft und der Nation, wie im Interesse dieser Familien selbst.

Mit der Wirtschaftspartei glauben viele, dass eine Abhilfe durch Entziehung derjenigen Wohnungen möglich werde, die nur von einer einzelnen Person bewohnt werden. Aber das sind fast durchwegs Personen in vorgeschrittenem Alter, zumeist verwitwete Frauen. Vier Fünftel dieser Einzelpersonen mit eigener Wohnung sind über 45 Jahre alt, 3/4 sind Frauen, 51% verwitwete oder geschieden. Es sind also nicht, wie Abgeordneter Lucke behauptete, Achtzehnjährige, die eigene Wohnungen haben. Diese älteren Personen können nicht ohne weiteres durch Zwangsmassnahmen aus ihren Wohnungen entfernt werden. Das durchschnittliche Lebensalter ist heute um 9 Jahre länger, als vor dem Krieg, teils infolge der Verminderung der Säuglingssterblichkeit, teils infolge unserer sozialpolitischen Gesetzgebung (Sehr wahr! links). Wenn aber das Lebensalter so gestiegen ist, dann ist es nicht verwunderlich, dass ältere Personen ihren eigenen Haushalt und ihre eigene Wohnung so viel länger besitzen. Die Gesamtzahl derartiger Wohnungsbesitzfälle ist nur um 2,3% höher, als vor dem Krieg, also für die Lösung der Wohnungsfrage nicht sehr wichtig. Die Wohnung und ihre Habe ist meist der einzige Rest des Vermögens dieser älteren Leute. Ich werde einen Gesetzentwurf, der diesen Leuten die Wohnung nehmen soll, nicht vorlegen. Das kann ja die Wirt-

Reichstag, Blatt 2.

schaftspartei tun, aber sie sollte dann den Hausbesitz auch verpflichten, in diese Wohnungen kinderreiche Familien hineinzusetzen! (Sehr gut! links - Widerspruch der Wirtschaftspartei).

Der Rationalisierung und Umschichtung in der Industrie muss auch im Wohnungswesen Rechnung getragen werden, wird doch die Arbeiterschaft ihre volle Leistungsfähigkeit erst erlangen, wenn sie auch nicht allzu weit vom Arbeitsplatz untergebracht ist.

Das Heimstättengesetz wird zur Zeit mit den Ressorts verhandelt. Es wird sich auch mit der Bodenbeschaffung usw. befassen. In den letzten zehn Jahren bis Ende 1928 sind in Deutschland 1.650.000 Wohnungen gebaut worden. Im Jahre 1926 waren es 220.000, 1927 bereits 306.000, 1928 sogar 330.000. Spätere Generationen werden diese Leistungen des deutschen Volkes in den schlimmen Jahren nach dem Krieg weit mehr zu würdigen wissen, als das heute geschieht (Sehr wahr! links). Diese Leistungen zeigen den Lebenswillen unseres Volkes und sein Streben nach dem Wiederaufbau. Wir sollten daraus den Mut schöpfen, mit doppelter Kraft an die Lösung der noch vorhandenen Probleme heranzugehen. Die Mittel für den Wohnungsbau dürfen nicht geschmälert, müssten eher verstärkt werden.

Die Richtlinien fordern, dass die Neubauwohnungen den Einkommensverhältnissen der Wohnungsanwärter, besonders den Löhnen der breiten Schichten unserer Arbeiterschaft entsprechen. Alle Volksschichten, besonders die mit dem niedrigsten Einkommen, tragen zu der Mietzinssteuer bei, und es haben deshalb auch die Arbeiter mit geringen Löhnen berechtigten Anspruch darauf, in gesunden Wohnungen untergebracht zu werden. Ich werde mit allen Mitteln darauf hinwirken, dass dieser Grundsatz nicht Theorie bleibt, sondern im weitesten Umfang verwirklicht wird.

In Zeiten besonders schwieriger Verhältnisse auf dem Geld- und Kapitalmarkt wie jetzt müssen wir zu besonderen Mitteln greifen, um die besonderen Schwierigkeiten zu überwinden. Die Bautätigkeit im Jahre 1929 war in den grossen Mittelstädten im allgemeinen befriedigend. Bis Anfang November wurden in 91 Gross- und Mittelstädten 116.717 Neubauwohnungen begonnen gegenüber 90.629 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Zugang in 96 Gross- und Mittelstädten beträgt in der gleichen Zeit 98.360 Wohnungen gegen 96.662 in den ersten zehn Monaten 1928. Das Ergebnis der Bautätigkeit auf dem Lande und in den Kleinstädten wird erst nach Jahresende erfasst.

Im vorigen Jahr wurden 7,6% der Wohngebäude von öffentlichen Körperschaften und Behörden, 20,4% von gemeinnützigen Baugesellschaften und 72% durch private Bauherren errichtet. Für die Wohnungen betragen diese Prozentsätze in gleicher Reihenfolge 10,4, dann 30, schliesslich 59,6. Von sämtlichen Wohnungen in Wohngebäuden wurden in diesem Jahr in 95 Gross- und Mittelstädten 89,8% und in den ersten 9 Monaten dieses Jahres 90% mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gebaut. Die Klagen über ungenügende Beteiligung des privaten Baugewerbes sind also unberechtigt. Es ist zum überwiegenden Teil auch an öffentlichen und gemeinnützigen Bauten beteiligt. Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten haben von 1926 auf 1927 die Mittel- und Grossbetriebe im Baugewerbe um 5.031 oder 19,1% und von 1927 auf 1928 nochmals um 1.835 Betriebe zugenommen. Ein grosser Teil dieser Zunahme dürfte auf die Unterstützung des Wohnungsbaus durch die öffentliche Hand zurückzuführen sein.

Die Finanzierung des Wohnungsbaus ist in den letzten Monaten auf wachsende Schwierigkeiten gestossen, deshalb hat der Rückgang der Bautätigkeit in diesem Jahr wesentlich früher eingesetzt obwohl genügend Bauvorhaben vorhanden sind, und die Witterungsverhältnisse der Bautätigkeit bisher ununterbrochen günstig waren. Der Oktober weist zum ersten Male einen Rückgang bei der Anzahl der begonnenen Neubauten auf. Besonders ungünstig sind die Aussichten für das nächste Jahr, Aus einer Reihe von Gründen drohen öffentlicher Bau, gewerblicher Bau und Wohnungsbau gleichzeitig in erheblichem Umfang zurückzugehen. Die Wohnungsbaufinanzierung leidet besonders unter der allgemeinen Knappheit des Kapitalmarkts. Im dritten Viertel dieses Jahres dürften kaum mehr als 80 - 90.000.000.- M Hypothekarkredite für den Wohnungsbau aufgebracht worden sein, gegenüber rund

Reichstag, Blatt 3.

345.000.000.- M im Durchschnitt der ersten zwei Vierteljahre. Ohne Hauszinssteuer und ohne die Unterstützung der Länder und Kommunen durch Anleihemittel und nicht zuletzt ohne die Hilfe der sozialen Versicherungsträger würde der Wohnungsneubau wohl zum grössten Teil zum Erliegen kommen. Ich halte es daher für meine besondere Pflicht, in den kommenden Verhandlungen über die Reichsfinanzreform nachdrücklich auf die Bedeutung der öffentlichen Hand auf den Wohnungsbau hinzuweisen. Eine Verminderung der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau ist in den nächsten Jahren völlig untragbar. Die Schaffung gesunder Wohnungen für die arbeitenden Schichten unseres Volkes ist die Grundbedingung, um die Arbeiterkraft zu erhalten. Ich sehe in der Schaffung ausreichender Wohnungen für die breiten Schichten auch eine Möglichkeit, in Zukunft zu einer Einsparung sozialer Ausgaben zu gelangen. Je besser unsere Wohnungen, desto gesünder unser Volk, desto geringer die Ausgaben für Krankheit und Erwerbsunfähigkeit. Die Bedeutung des Wohnungsbaues für den allgemeinen Arbeitsmarkt ist allgemein bekannt. Der Herr Abgeordnete Lucke hat behauptet, dass der "angebliche Inflationsgewinn", der durch die Hauszinssteuer erfasst werden soll, durch neue Schulden, die der Hausbesitzer für Instandhaltung seines Hauses aufnehmen müsste, wieder wettgemacht worden wäre. Diese Behauptung hält einer Nachprüfung in keiner Weise stand. Am 31. Dezember 1913 lagen ungefähr 26.422 Millionen Anstaltshypotheken auf dem Städtischen Grundbesitz. Am 31. Oktober 1929 waren schätzungsweise 9.063 Millionen neue städtische Hypotheken vorhanden. Von diesen neuen Hypotheken dürften aber rund die Hälfte auf Neubauten treffen, sodass auf dem Althausbesitz einschliesslich der Gewerbebetriebe höchstens 4,5 bis 5 Milliarden kommen.

Dem Reichstag wird demnächst das Gesetz über die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes zugehen. Schon heute möchte ich bezüglich des Mietwuchers hervorheben, dass er durch das Mieterschutzgesetz unter Strafe gestellt ist.

Ich habe zum Schluss nur den einen Wunsch, dass mehr noch als bisher jeder verantwortliche Deutsche sich einmal umsehen möchte, wie heute noch Millionen unserer Volksgenossen in den elendsten Wohnungen untergebracht sind. Ich wäre dann auch sicher, dass nicht nur alle Mitglieder dieses Hauses, sondern sämtliche berufene Organe in den Ländern und in den Kommunen mit neuer Arbeitsfreude an diesen Aufgabenkreis mitwirken möchten. In diesem Sinne wünsche ich, dass der Inhalt der Richtlinien in weitestem Umfange in die Wirklichkeit umgesetzt wird zum Segen und zum Wohlergehen unseres Volkes. (Beifall links und in der Mitte).

Frau Dr. Hertwig-Bünger (DVP) wünscht die Beschränkung des Enteignungsrechts auf die allerdringendsten Fälle. Die Entschädigungspflicht müsste bestimmter geregelt werden, als es in den Richtlinien geschieht. Die Rednerin beantragt eine Entschliessung, auf Länder und Gemeinden dahin einzuwirken, dass die besonderen Wohnämter aufgehoben und die nach dem Wohnungsmangelgesetz noch notwendigen Arbeiten den bestehenden Behörden der allgemeinen Gemeindeverwaltung übertragen werden.

Abg. Wendt (Soz.)

Der Wohnungsbau nach dem Krieg muss sich grundsätzlich von dem der Vorkriegszeit unterscheiden. Das kann man aber nur erreichen, wenn der Wohnungsbau zu einer Angelegenheit der öffentlichen Hand erhoben wird. Die Richtlinien und unsere Anträge wollen eine durchgreifende Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege, um die Wohnungskultur des deutschen Volkes zu heben. Die Wohnungsaufsicht muss nicht nur die alten, sondern auch die Neubauwohnungen erfassen, und die Wohnungspflege ist aus sozialpolitischen Gründen ebenso notwendig, wie die Wohlfahrts- und die Jugendwohlfahrtspflege, die bereits bestehen. Es werden dazu keine neuen Beamten angestellt werden, auch die Wohnungspflege wird ehrenamtlich ausgeübt werden. (Ständige laute Gegenrufe der Wirtschaftspartei). Die Wohnungspflege richtet sich auch keineswegs nur gegen den Hausbesitzer, sondern auch gegen solche Mieter, die es nicht verstehen, mit ihrer Wohnung vernünftig und zweckdienlich umzugehen. Es gibt ja auch heute schon ehrenamtliche Wohnungspflege, aber noch lange nicht in dem notwendigen Umfang. Sie werden aber die Woh-

Reichstag, Blatt 4.

Frage aus der Diskussion nicht mehr ausschalten, ebensowenig, wie Ihnen das gelungen ist, als wir unsere sozialpolitischen Forderungen zur Erhaltung und Förderung der Arbeitskraft und der Volksgesundheit betrieben. Im Interesse der Gesunderhaltung des Volkes liegen auch gesunde und ausreichende Wohnungen.

Durch die Schaffung eines Reichstädtebaugesetzes müsste die Stadt- und Landplanung geregelt werden, sie kann bei ihrer Bedeutung nicht mehr den einzelnen Gemeinden überlassen bleiben. Der moderne Städtebau stellt ganz andere Forderungen als der in der Vorkriegszeit, wo der Profit anstatt des Menschen im Mittelpunkt stand. Es hat immer einzelne Hausbesitzer gegeben, die das Beste ihrer Mieter wollten, aber diese weisse Raben konnten die allgemeinen Ursachen nicht ausschalten, aus denen die Elendsquartiere entstanden sind (Sehr wahr! links - Geschrei der Wirtschaftspartei) Wir haben diese Schäden schon in der Vorkriegszeit bekämpft, wir haben schon damals die Proletariatskrankheit der Tuberkulose im Zusammenhang mit dem Wohnungsseind dargestellt und Abhilfe gefordert. Die allumfassende Bewegung des Sports und des Wanderns ist nichts anderes als der Aufschrei gegen die überfüllten Häusermeere, gegen unsere Grosstädte, die den Menschen seelisch zerdrücken, gegen die schlechten Wohnungen, in denen 80% der deutschen Bevölkerung hausen, und aus denen sie sich ins Freie und nach der Sonne sehnen. Spielplätze für Kinder, Erholungsräume gehören in moderne Wohnungsbauten hinein. Die notwendige Auflockerung der Grosstädte kann nur durch den Kleinhausbau geschehen. Die Quergebäude und Hinterhöfe müssen verschwinden, Frei- und Grünflächen geschaffen werden. Dazu aber ist Grund und Boden nötig, und deshalb müssen die Enteignungsbestimmungen wesentlich verbessert werden, während heute das Verfahren noch unglaublich langstielig und saumselig ist. Man hat die Grossgemeinde im Ruhrgebiet geschaffen, weil diese Aufgaben über den Rahmen einer einzelnen Gemeinde hinausgehen, und dadurch konnte Bedeutendes geleistet werden.

Die Wirtschaftspartei behauptet, dass die private Initiative ausgeschaltet worden sei. Nennen Sie mir doch einen solchen Fall! (Zuruf der Wirtschaftspartei). Sie bauen also nicht, weil Sie daran nicht genug verdienen? (Zuruf der WP: Wir haben kein Geld!) Nun also, weil das Privatkapital nicht bauen kann, muss eben die öffentliche Hand bauen! (Zuruf der WP: Die anderen Leute können Betteln gehen! Heiterkeit links).

Durch Verordnung des Preussischen Wohlfahrtsministers vom 7. Oktober 1926 ist die Zwangswirtschaft gelockert worden; die Hausbesitzer haben für ihre verheirateten Kinder oder auch für sich selbst beim Nachweis des Bedarfs ein Recht auf freiwerdende Wohnungen. Nun berichtet das Wohnungsamt Bochum, dass dort dieses Recht benutzt wird, um freiwerdende Wohnungen möbliert weiterzuvermieten. Solche Fälle beweisen, dass die Aufhebung der Zwangswirtschaft eine wahre Katastrophe auf dem Wohnungsmarkt bedeuten würde. Für absehbare Zeit kann der Wohnungsbau nur von der öffentlichen Hand betrieben werden, weil sonst ein unerträglicher Wucher einsetzen würde. Schon heute sind Wohnungen nicht zu bekommen, ohne ganz erhebliche Zahlungen an den Hausbesitzer. Die Neubaumieten sind für die Massen unerschwinglich. Es wird sehr zu überlegen sein, ob nicht anstelle der schematischen Zuweisung der Wohnungen durch die Wohnungsämter nach der Eintragung soziale Gesichtspunkte massgebend gemacht werden sollen, damit Einkommen und Wohnungsmiete in eine erträgliche Beziehung gebracht werden (Sehr wahr! links) Die Ergebnisse der letzten Wohnungszählung sollten allen, die eine ausreichende Wohnung haben, das furchtbare Wohnungsseind und ihre Pflicht vor Augen führen, zur Abhilfe beizutragen.

Wann kommt das Gesetz über Bausparkassen? Wenn es auch nicht für die Finanzierung entscheidend ist, kann es doch auf ethischem Gebiet wirksame Hilfsmittel für die Finanzierung liefern. (lärmende Zurufe der Kom.) Sie würden sehr zufrieden sein, wenn Sie nur einige Prozente vom deutschen Wohnungsbau in Russland hätten. In einem lichten Augenblick hat die "Rote Fahne" berichtet, dass im Jahre 1912 auf den Kopf der Moskauer Bevölkerung 7,4 qm, 1930 aber 5,3 qm kommen. Während in Deutschland auf 100 Wohnungen 108,3 Familien entfallen, zählt man in Russland auf 100 Wohnungen 168,7 Familien. Also reden Sie nicht so gross.

Reichstag, Blatt 5.

se Töne, sonst müsste ich Ihnen noch weitere Daten vorlesen. Stimmen Sie lieber für die Reichsrichtlinien (Zuruf der Komm: Täuschung der breiten Massen) Das sagen Sie, deren Anträge ein so gewaltiges Mass von Bescheidenheit zeigen, dass Sie darin Sachen fordern, die längst durchgeführt sind! (Grosse Heiterkeit) Wir stimmen den Richtlinien zu, weil sie geeignet sind, die Wohnkultur und die Volksgesundheit weiter zu heben, der arbeitenden Bevölkerung ausreichende und gesunde Heimstätten zu schaffen! (Beifall bei den Soz.)

Abg. Trossmann (Bayer. Vp.) spricht gegen das vom Ausschuss geforderte bauliche Reichsrahmengesetz. - Abg. Dr. Steiniger (Dnat.) findet an den Richtlinien verschiedenes annehmbar und bespricht das Wohnungselend in Russland.

Abg. Lipinski (Soz.)

Aus den Hauszinssteuerhypotheken, mit deren Hilfe Wohnungen gebaut worden sind, fliessen heute etwa 30 bis 40 Millionen im Jahr aus Tilgungsraten und Verzinsung zurück, die allmählich auf 120 bis 150 Millionen im Jahr steigen werden. Obwohl der Reichstag wiederholt einstimmig gefordert hat, dass diese Rückflüsse einschliesslich für den Wohnungsbau verwendet werden, haben einzelne Bezirke, und zuletzt auch Preussen, diese Beträge für Verwaltungsausgaben verwendet. Der von mir zusammen mit anderen Parteien eingebrachte Antrag will dem einen Riegen vorschieben. Wenn aus dem Hauszinssteuerertrag jährlich 800 Millionen den Ländern zur Verfügung gestellt werden, dann können sie ihre Finger davon lassen, die Rückflüsse für Verwaltungsausgaben zu verwenden. In bestehende Rechte greift unser Gesetzentwurf nicht ein. Eigentumsverhältnisse behandelt er überhaupt nicht. Gemeinden haben mit Hilfe dieser Rückflüsse Anleihen verbürgt und ihre Deckung aus diesen Mitteln vorgenommen. Soweit Rückflüsse aus diesen Anleihen vorhanden sind, müssten sie auch dem Wohnungsbau zugeführt werden. Eine entsprechende Bestimmung unseres Gesetzentwurfs will das bewirken. Die Länder können gar keinen Einspruch gegen ein solches Gesetz erheben, das nur einen Rechtszustand klarstellt der bisher schon bestanden hat, bloss noch nicht in völliger Klarheit. Nun will der Entwurf die Länder auch verpflichten, Bericht zu erstatten, welche Rückflüsse sie erhalten haben. Das hat der Reichstag schon früher gefordert. Die von manchen Rednern erwähnte Notwendigkeit einer Ausschussberatung sehe ich nicht ein. Wenn der Reichsrat Einspruch erheben will, kann er es tun, aber ich glaube, eine erdrückende Mehrheit im Reichstag wird diesen Einspruch glatt zurückweisen. Eine Verweisung unseres Gesetzentwurfes bis zum Finanzausgleich wäre sinnlos, denn damit hat er gar nichts zu tun. Auch die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtag unterstützt unseren Antrag, denn sie hat sich dort sehr stark gegen die Verwendung der Hauszinssteuer zu Verwaltungsausgaben gewendet.

Die Regelung der Mieten ist jetzt den Ländern überlassen. Preussen beabsichtigt, die Mieten auf 150% der Vorkriegsmiete zu erhöhen. Wenn ein Land, das 2/3 von Deutschland umfasst, ohne Rücksicht auf das übrige Deutschland eine solche Erhöhung vornimmt, so ist eine starke Erschütterung unausbleiblich. Ich halte es deswegen für notwendig und habe einen entsprechenden Antrag gestellt, dass diese Festlegung dem Reich vorbehalten bleiben soll, weil das Reich die Konsequenzen leichter und klarer übersehen kann, und weil im Reich die einzelnen Länderbedürfnisse nicht so massgebend sind. Mein Antrag will ferner neben die Reichsregierung und den Reichsrat noch einen Reichstagsausschuss in dieser Frage einschalten, damit der Reichstag die Kontrolle hat.

Dem volksparteilichen Antrag auf Ausschussberatung der Richtlinien bitte ich nicht stattzugeben. Die Richtlinien können ohne weiteres hier angenommen werden. - Recht bald sollte die Regierungsvorlage über die Gemeinnützigkeit von Baugesellschaften eingebracht werden. Die Finanzämter sind sich darüber noch recht unklar, und das Berliner Finanzamt Neander hat es sogar fertig gebracht, die Gemeinnützigkeit einer Baugesellschaft zu verneinen, weil diese Gesellschaft nicht billiger baue, als das Privatkapital, aber wenn sie billiger baue, den freien Handel und die freie Bautätigkeit unterbinde, was wiederum nicht gemeinnützig sei. (Lebh. Hört! Hört!). Eine gesetzliche Klarstellung ist

Reichstag, Blatt 6.
also unerlässlich (Beifall links).

Abg. Schumann - Leipzig (Kom): Diese Richtlinien sollen bloss den Massen Sand in die Augen streuen. Der Minister hat ja selbst betont, dass die Richtlinien niemand verpflichten. - Abg. Lucke (WiP.) wettet gegen die "ruinöse" Zwangspolitik im Wohnungswesen, ohne deren Aufgeben keine Gesundung möglich sei.

Die Richtlinien werden unter Ablehnung der meisten Anträge der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen. - Der Gesetzentwurf Lipinski (Soz.) wird in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und der Demokraten angenommen. Dem Vorschlag des Vizepräsidenten Esser, auf die Tagesordnung für Mittwoch das "Sofortprogramm" zu stellen, nämlich die inzwischen eingebrachten Anträge der Regierungsparteien auf Erhöhung der Tabaksteuer und des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung widerspricht

Abg. Torgler (Kom) mit dem Hinweis darauf, dass diese Gesetzentwürfe erst abends verteilt worden sind, die vorgeschriebene Frist also nicht gewahrt ist.

Abg. Löbe (Soz.) : Da dieser Einspruch wohl von 15 Abgeordneten unterstützt werden wird, muss ihm stattgegeben werden. Ich bitte aber, sich für die dritte Lesung am Sonntag einzurichten, da sie nicht früher möglich sein wird. - Dementsprechend wird der Punkt von der Tagesordnung für Mittwoch abgesetzt. Die Mittwochssitzung beginnt erst um 4 Uhr, sie wird kleinere Vorlagen behandeln. - Schluss 3/4 8 Uhr.

„Aus aller Welt“

Wildwestüberfall auf ein Juweliergeschäft.

Räuber als Kriminalbeamte.

SPD. Am Dienstag in den frühen Nachmittagsstunden versuchten zwei Banditen in einer der belebtesten Geschäftsstrassen des Berliner Südwestens auf einen Juwelierladen einen frechen Raubüberfall.

Kurz nach zwei Uhr, als nur die Frau und eine Nichte des Besitzers in dem Geschäft anwesend waren, (der schweileidende Geschäftsinhaber liegt im Krankenhaus) betraten zwei Leute in den besten Jahren in das Geschäft und stellten sich als Kriminalbeamte vor. Da der Wachhund, den die Inhaberin zu ihrem Schutze im Laden hatte, die beiden angeblichen Beamten belästigte, sperrte ihn die Nichte in das Nebenzimmer. Die angeblichen Kriminalbeamten erklärten darauf, den Auftrag zu haben, das Geschäft nach Hehlerware zu durchsuchen. Die Frau wies den Verdacht, mit zweifelhaften Elementen in Verbindung zu stehen, auf das energischste zurück, willfahrte jedoch der Aufforderung der Beiden, als Stichprobe einige Wertsachen vorzulegen. Kaum hatte sich die Frau über eine der Schubladen geneigt, als ihr auch schon einer der beiden Bösewichter einen so wuchtigen Hieb über den Kopf mit einem Totschläger versetzte, dass sie mit blutender Wunde bewusstlos zusammensank. Zu gleicher Zeit warf der zweite der Nichte eine Schlinge um den Hals und bedrohte sie mit einer Schusswaffe. Das junge Mädchen liess sich jedoch nicht einschüchtern, sondern riss sich hilferufend los, um den Hund auf die Beiden zu hetzen und in den Hof zu flüchten.

Die Kumpane, die ihren Plan vereitelt sahen, stürzten aus dem Laden heraus und trennten sich zunächst. Der Eine versuchte auf ein Auto zu springen, kam aber zu Fall und wurde bei dem Versuch, um eine Strassenecke zu verschwinden, von Passanten gestellt. Darauf gesellte sich auch der zweite Bandit wieder zu ihm und versuchte, die beiden Männer, die seinen Komplizen gefasst hatten, mit dem Revolver einzuschüchtern. Der Erfolg war auch tatsächlich der, dass die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt wurde, sodass es dem anderen gelang, das Weite zu suchen. Der Revolverheld wurde festgenommen und in das nächstgelegene Polizeirevier geschafft.

+ + +
Dorfkrieg in Bulgarien. Seit Jahren besteht zwischen den südostbulgarischen Ortschaften Driptschewo und Enija unweit der türkischen Grenze ein Zwies über den Besitz einiger Waldstriche. Vor einigen Tagen beschlossen nun die Einwohner von Enija kurzen Prozess zu machen und die Waldungen auszuroden und sich Holz für den Winter zu besorgen. Mit Kind und Kegel begab man sich hinaus und machte sich ans Geschäft. Als die Einwohner von Driptschewo davon erfuhren trat sofort der Gemeinderat zusammen und kam nach kurzer Sitzung zu dem Entschluss, mit bewaffneter Faust den Enijaern das Handwerk zu legen. Mit Schiessprügeln bewaffnet zog man in vier Kampfkolonnen los und umstellte den Waldbezirk, aus dem Axtschläge der Enijaer schallten. Gross war die Bestürzung der Leute von Enija, als plötzlich die blauen Bohnen um ihre Köpfe zu pfeifen begannen. Aber es war nicht viel Zeit zu verlieren. Die Karren und Gefährte wurden zu einer Wagenburg zusammengedrückt und so versuchte man, den ungleichen Kampf aufzunehmen. Tatsächlich hielten sich die Leute von Enija zwei Stunden lang bis aus der Nachbarschaft die berittene Polizei eintraf. Einen Toten und einen Schwerverwundeten hatten sie allerdings zu verzeichnen. Die Leute von Driptschewo

schewo nahmen zwar angesichts der Gendarmerie Heissauss, aber es nützte ihnen nichts mehr. Sämtliche männlichen Einwohner des Ortes wurden verhaftet und in das Gefängnis der nahen Kreisstadt Swilengrad eingeliefert, wo sie über einen besseren Weg nachdenken können, der zu einer Schlichtung des Streites führt.

+ + +
Ein Irreer will Tardieu besuchen. Aus einer Pariser Irrenanstalt ist in der Nacht zum Dienstag ein Insasse entsprungen, um, wie er in einem hinterlassenen Briefe mitteilte, dem Ministerpräsidenten Tardieu ein wichtiges Staatsgeheimnis zur Kenntnis zu bringen. Tardieu hat auf den unheimlichen Gast bisher vergeblich warten müssen. Es gelang bisher aber auch nicht, des Ausreissers habhaft zu werden.

+ + +
Berlin-Zehlendorf überschwemmt. Eine Ueberschwemmungskatstrophe, wie sie in Berlin bisher kaum vorgekommen ist, trat am Dienstag nachmittag in Zehlendorf-Mitte in unmittelbarer Nähe des Wannseebahnhofes ein. Kurz nach 3 Uhr platzte dicht an der Kreuzung der Berliner- und Hauptstrasse, und zwar bei der Einmündung der Seehoffstrasse, ein Hauptwasserrohr. Das Strassenpflaster wurde in einem Umfange von mehreren Metern aufgerissen. Riesige Wassermengen strömten in dichten Fluten auf den Fahrdamm, ergossen sich über den Bürgersteig und überschwemten in wenigen Minuten die Keller aller anliegenden Häuser. Als die Feuerwehr, die von den verängstigten Hausbewohnern alarmiert worden war, in der Seehoffstrasse eintraf, bildete der ganze Strassenzug eine einzige Wasserfläche, aus deren Mitte eine meterhohe Fontäne emporschoss. Mit Blitzesschnelle stieg der Wasserspiegel Zentimeter um Zentimeter, und als weitere Züge der Feuerwehr herbeigerufen wurden, standen nicht nur die Seehof- und Berliner-Strasse, sondern auch alle benachbarten Strassen wie Garten-, Bogen- und Paulstrasse unter Wasser. Nach einer halben Stunde vergeblichen Bemühens war schon ein grosse Teil des Vorortes Zehlendorf-Mitte völlig überschwemmt. Teile der Hauptstrasse und Potsdamerstrasse, die ganzen Plätze vor und neben dem Rathaus, die Kirchstrasse und schliesslich sogar die Mulde unter der Wannseebahn am Bahnhof Zehlendorf-Mitte verschwanden unter den immermehr anschwellenden Wassermassen. In den von der Wasserkatastrophe betroffenen Strassen spielten sich böse Szenen ab. Zahlreiche Ladenbesitzer sahen sich nicht nur genötigt, ihre Geschäfte sofort zu schliessen, sondern mussten auch die wertvollsten Gegenstände auf den Schultern hinaustragen. Man sah weinende Frauen, die in Verzweiflung geraten waren, da ihre in den Kellern aufbewahrten Vorräte von den einströmenden Wasser völlig vernichtet wurden. Kurz nach 4 Uhr musste der Ratskeller geräumt werden, da Tische und Stühle von den Fluten fortgeschwemmt wurden. Alles Wasser schöpfen half natürlich nichts. Gegen fünf Uhr nachmittags hatten die Wasserfluten bereits den Hauptknotenpunkt des Zehlendorfer Verkehrs an der Kreuzung der Berliner- und Hauptstrasse derart überschwemmt, dass kein Wagen mehr die Fluten passieren konnte. Dadurch wurde der ganze Verkehr zwischen Lichterfelde und Schlachtensee, d.h. also auf der westlichen Berliner Ausfallstrasse, für viele Stunden lahmgelegt.

Erst in den vorgerückten Abendstunden konnte der Schaden behoben werden. Der Unfall ist auf Kanalisationsarbeiten zurückzuführen.

+ + +
Brillantenraub. In Stettin wurde ein Schaufenster des grössten Juweliergeschäftes der Stadt, Walter Schell, in der Domstrasse, durch einen Steinwurf zertrümmert. Zwei Ständer mit 40 Brillantringen wurden aus der Auslage geraubt. Der Wert der Brillantringe beträgt 50 000 Mark. Der Täter entkam unerkannt mit einem Lieferauto der Druckerei Hessenland, das gesichert vor dem Druckereigebäude in der gleichen Strasse nicht weit von dem Juweliergeschäft stand.

+ + +

Bluttat eines Deserteurs. Ein tschechoslowakischer Infanterist, der aus seinem in der Feste Theresienstadt stationierten Truppenteil desertiert war, und sich ein Auto gemietet hatte, um zu seiner Mutter zu fliehen, stiess während der Fahrt dem Chauffeur das Bajonett in den Rücken und warf ihn aus dem Wagen. Dem Chauffeur gelang es, den nicht sehr weit entfernten Gendarmerieposten zu erreichen, sodass die Verfolgung bald aufgenommen werden konnte. Der Deserteur wurde in der Wohnung seiner Mutter verhaftet.

+ + +
Ein gesellückter Ozeanflug. Die beiden französischen Flieger Borges und Challe, die am Sonntag in Sevilla zu einem Ozeanflug aufgestiegen sind, haben am Dienstag morgen 9 ½ Uhr nach glücklicher Ueberwältigung der 6 200 Kilometer langen Strecke über den südantlantischen Ozean die brasilianische Küste erreicht. Bei der notwendig gewordenen Notlandung stürzte das Flugzeug in einen Wald, sodass beide Flieger verletzt wurden.

+ + +
Eine Tabakfabrik niedergebrannt. Am Dienstag wurde die bekannte Gräff'sche Tabakfabrik in Bingen eingeäschert. Infolge der grossen Tabaklager nahm das Feuer bald so grosse Dimensionen an, dass die Feuerwehren von Rüdeshelm, Bingerbrück und Mainz zur Bekämpfung herangezogen werden mussten. Es gelang jedoch nicht, den Gebäudekomplex zu retten. Der Schaden wird auf 2 Millionen Mark geschätzt.

+ + +
Rückkehr eines Südamerika-Forschers. Der Südamerika-Forscher Ado Baessler, der zu Beginn des Jahres zu einer grossen Filmexpedition nach Peru und Bolivien aufgebrochen war und eine Zeit lang verschollen war, sodass man ihn schon ein Opfer wilder Indianerstämme glaubte, kehrt nunmehr wohlbehalten nach Südamerika zurück. Seine Marschrouten führte durch das Gebiet der Hochgebirgsindianer in der Sierra, durch den peruanischen Urwald und durch grosse Teile des bisher noch unerforschten Gran Chaco, wo er einen unbekanntem Indianerstamm vorfand, den er als wochenlanges Gast nicht nur in seinen alltäglichen Leben und seinen Gebräuchen beobachten, sondern auch filmen konnte. Von den 20 000 Kilometern, die Baessler insgesamt auf seiner Expedition zurückgelegt hat, führten ihn 1 100 durch die Gran Chaco.

+ + +
Was Al Jolson verdient. Al Jolson, der in Europa aus einigen amerikanischen Tonfilmen bekannt ist, wird sich Anfang nächsten Jahres den Europäern in eigener Person vorstellen. U.a. wird er auch in verschiedenen Städten Deutschlands auftreten. Bei dieser Gelegenheit erfährt man, dass Al Jolson für sein Auftreten in Berlin bereits 6 000 Mark pro Abend zugesichert worden sind. Er dürfte damit eine Rekordgage erzielen. Im Varieté gilt er z.B. schon als sehr gute Bezahlung (und Herr Jolson wird sich im Varieté präsentieren), wenn der Artist 100 bis 400 Mark für den Abend erhält. Selbst Deutschlands grösste Opernstars, Schauspieler und Kinosterne können es, was wenigstens die finanzielle Seite angeht, mit Al Jolson nicht aufnehmen. Kortner zum Beispiel erhält monatlich "nur" 12 000 Mark, ein Tauber kommt auf 1 500 Mark pro Abend, ein Harry Liedtke muss sich mit ungefähr 1000 Mark pro Tag "begnügen".

+ + +
Eifersuchtsdrama in Halle. Am Dienstag abend erschoss der 24jährige Friseur Jahn in Halle die 17jährige Hausangestellte Ida Moser nach einem heftigen Wortwechsel aus Eifersucht.

+ + +
Lastauto tötet zwei Frauen. Ein Lastautomobil, das in voller Fahrt eine Strasse des Industrieortes Creusot (Frankreich) passierte, geriet, als es einem spielenden Hunde ausweichen wollte, auf den Bürgersteig und überfuhr zwei Frauen, die auf der Stelle getötet wurden.

Gewerkschaftliche Rundschau

Halbe Arbeit.

Zum Kampf um den Arbeitslosenbeitrag.

SPD. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung kann infolge des harnäckigen Widerstandes der Deutschen Volkspartei zunächst nur für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1930 um $1/2\%$, also auf $3\frac{1}{2}\%$ erhöht werden. Die Volkspartei hätte sogar eine Befristung der Erhöhung bis zum 31. März 1930 gefordert. Anfangs wollte sie von einer Erhöhung überhaupt nichts wissen. Ihr Ziel ist anscheinend, die Arbeitslosenversicherung ständig am Rande des Defizits zu halten. Dass die unter Hängen und Wirgen herbeigeführte Kompromisslösung: Erhöhung des Beitrages um $1/2\%$ für ein halbes Jahr keine ernsthafte Sanierung darstellt, lässt sich anhand der Ziffern rasch nachweisen.

Wie sehen vom 1. Januar 1930 ab die Finanzen der Reichsanstalt bei $3\frac{1}{2}\%$ Beiträgen aus? Nach den bisherigen Erfahrungen wird ein Beitrag von $3\frac{1}{2}\%$ ein durchschnittliches monatliches Beitragsaufkommen von 84 Millionen RM bringen. Da ein Arbeitsloser - bereits unter Berücksichtigung der Ersparnisse durch die Novelle vom 12. Oktober 1929 - einschliesslich der Verwaltungskosten der Reichsanstalt und der Massnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit an Gesamtaufwand monatlich knapp 82 RM kostet, so kann die Reichsanstalt bei $3\frac{1}{2}\%$ Beitragsaufkommen rund 975 000 Arbeitslose im Monat erhalten. Wir wissen aus den Erfahrungen der vergangenen Winter, dass die Durchschnittszahl der unterstützten Arbeitslosen im Höhepunkt des Winters, also im Januar und Februar 1930, kaum unter 2 Millionen in der Arbeitslosenversicherung liegen wird. Es entsteht also im Januar und Februar ein Defizit für über eine Million Arbeitslose. Im März wird die Durchschnittszahl der zu unterstützenden Arbeitslosen voraussichtlich noch eine halbe Millionen über der Zahl (975 000) liegen, die die Reichsanstalt mit ihren dreieinhalbprozentigen Beiträgen erhalten kann. Das bedeutet also, dass trotz der Beitragserhöhung die Reichsanstalt noch rund 200 Millionen RM von Anfang Januar bis Ende März beim Reich aufnehmen muss.

Selbst wenn man die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung nicht für die kommenden Monate allein betrachtet, für die sie tatsächlich ohne jede Nedeutung ist, sondern auf längere Sicht unter die Lupe nimmt, ergibt sich deutlich ihre Unzulänglichkeit. Die Reichsanstalt kann mit Dreieinhalbprozent Beitrag durchschnittlich monatlich 975 000 Arbeitslose unterstützen. Die Arbeitgebenden schätzen die Durchschnittszahl der unterstützten Arbeitslosen in Zukunft mindestens auf 1,1 Millionen. Was folgt daraus? Wenn man die halbprozentige Beitragserhöhung nicht auf ein halbes Jahr, sondern auf ein ganzes Jahr einführen würde, dann bliebe die Sanierung der Reichsanstalt immer noch eine halbe Sache. Wir hätten dann bei einem monatlichen Aufwand von etwa 82 Mark pro Kopf ein Jahresdefizit von über 100 Millionen RM trotz Dreieinhalb Prozent Beiträge! Wer wirklich sanieren will, muss von dem halben Prozent auf ein ganzes Prozent und von dem halben Jahr auf ein ganzes Jahr gehen. Dann erst wird die Reichsanstalt ganz saniert werden können. Denn dann werden ihre monatlichen Beitragseinnahmen im Durchschnitt bei 96 Millionen Mark liegen, d.h. im Jahre 1 150 Millionen RM betragen. Dieser Betrag wird ausreichen, im Monatsdurchschnitt 1,1 Millionen Arbeitslose zu unterstützen und darüber hinaus noch eine Reserve zu bilden, die notwendig ist, um die jährliche Sonderbelastung durch die berufsbliche Arbeitslosigkeit im Winter zu ertragen.

Durch die Beitragserhöhung um $1/2$ Prozent, wie sie der Initiativenantrag der Regierungsparteien für ein halbes Jahr bringen soll, ist nicht durchgreifend

geholfen, weder der Reichsanstalt noch den Reichsfinanzen. Wenn beiden geholfen werden soll, d.h. das Reich vom Frühjahr ab weitgehend entlastet und die Reichsanstalt wieder zu einem Eigenfinanzinstitut gemacht werden soll, dann muss aus dem halben Prozent ein ganzes Prozent und aus dem halben Jahr ein ganzes Jahr werden. Das Notwendige muss rechtzeitig und ganz getan werden.

SPD. Seit fast drei Jahren wird zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft und den Gewerkschaften über die Neufassung des Tarifvertrages verhandelt. Als dieser Tage die Verhandlungen in Goslar nach einer längeren Unterbrechung wieder aufgenommen werden sollten, zeigte sich, dass die Verwaltung in ihrem als Verhandlungsbasis vorgelegten Entwurf die bisherige Verhandlungsgrundlage vollständig verlassen hat und wesentliche Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Zustand plant. Die Unterhändler der Tariforganisationen haben den Entwurf abgelehnt. Ein Weiterverhandeln war für sie unmöglich, da die Vertreter der Hauptverwaltung erklärten, sie seien nicht in der Lage, irgendwelche von der Vorlage wesentlich abweichende Zugeständnisse zu machen.

Die Tariforganisationen werden in den nächsten Tagen zu der durch den Abbruch der Manteltarifverhandlungen geschaffenen Lage gemeinsam Stellung nehmen.

SPD. Die Betriebs- und Beamtenräte des Einheitsverbandes der Eisenbahner haben auf ihrer Berliner Reichskonferenz nach der Entgegennahme des Berichtes über die Pariser Reichsbahnverhandlungen eingehend zur Betriebswirtschaft und zu den Arbeitsmethoden der Reichsbahn Stellung genommen. Die Vorstandsmitglieder Apitzsch und Jahn erläuterten die grundsätzliche Einstellung des Verbandes und legten sie in Leitsätzen nieder. Die Hauptgesichtspunkte dieser Leitsätze sind: die Gewerkschaften treten ein für den technisch-organisatorischen Fortschritt, sind aber gegen verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft durch flache Rationalisierung, Sie sind für Erweiterung des Absatzes auf Grund gesteigerter Produktion durch Erhöhung des Reallohnes, aber gegen die Auslieferung der Arbeitermassen an das Elend der Arbeitslosigkeit. Die Vorbedingungen für den Erfolg dieses Kampfes ist die Stärkung der Macht der organisierten Arbeit und ihr Eindringen in die Organe des Staates und der Wirtschaft. Je stärker die Machtposition der Gewerkschaften, desto fester auch der Untergrund für die gesetzlichen Betriebsvertretungen. Ohne Gewerkschaften keine Räte!

Anlässlich der Erörterung der Ergebnisse der Betriebswirtschaft bei der Reichsbahn wurde festgestellt, dass der Personalstand sich seit 1925 um 4,4 Prozent vermindert hat, während die Leistungen ständig gestiegen sind. Gegenüber 1925 betragen die Leistungssteigerungen in Prozenten: bei den Ausbesserungswerken 27,2, Güterböden und Umladehallen 12,1, Bahnunterhaltungen 10,0, Betrieb 22,0; die durchschnittliche Leistungssteigerung beträgt 17,9 Prozent.

An den gegenwärtigen Arbeitsmethoden der Reichsbahn wurde in der Aussprache scharfe Kritik geübt. Die Bemühungen der Verbandsleitung zur Sicherung eines möglichst weitgehenden Schutzes der Arbeitskraft gegen ungerechtfertigte Ausbeutung fanden allseitig Anerkennung.

SPD. Auf sozialdemokratische Initiative beschlossen die gesetzgebenden Körperschaften des Freistaates Danzig nach deutschem Beispiel den 5-Uhr-Ladenschluss für den Weihnachtsabend auch darüber hinaus den Ladenschluss zum gleichen Zeitpunkt auch für die Vorabende des Oster- und Pfingstfestes. Nur die Kommunisten machten dem Gesetzentwurf Schwierigkeiten.

40 Millionen Monopolgewinne.

(Was bedeutet die Zigarettenkontingentierung?)

SPD. Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Nach dem Sofortprogramm der Reichsregierung wird ab 1. Januar die Materialsteuer für den in Zigarettenfabriken verarbeiteten Tabak um eine Mark je Kilogramm und die Banderolensteuer von 30 % auf 33% des Zigarettenkleinverkaufspreises erhöht. Die Erhöhung der Materialsteuer bedeutet für die Zigarettenindustrie eine Mehrbelastung von rund 40 Millionen Mark, die Erhöhung der Banderolensteuer eine solche von etwa 50 Millionen Mark. Für diese 90 Millionen Mark Mehrbelastung soll der Zigarettenindustrie die Kontingentierung der Zigarettenherzeugung eingeräumt werden. Der Wert dieser Kontingentierung besteht darin, dass mit ihrer Hilfe das Entstehen neuer Zigarettenfabriken verhindert werden kann. Die Kontingentierung bedeutet also gewissermassen für die Zigarettenindustrie eine Monopolstellung, die sie durch ihre weitgehende Vertrustung und Kartellierung durchaus auszunutzen in der Lage ist.

An sich sind heute die Reingewinne der Zigarettenindustrie so hoch, dass sie ohne Schwierigkeit die steuerliche Mehrbelastung aus ihnen bestreiten könnten. Tatsächlich aber denkt die Industrie garnicht daran, die erhöhte Steuerlast selbst zu tragen. Ist die Vorlage der Regierung erst angenommen, so wird die Industrie vielmehr zwei Massnahmen ergreifen, die geeignet sind, die Steuerlast teils auf die Zigarettenverbraucher, teils auf die Zigarettenhändler abzuwälzen.

Die Zigarettenverbraucher will man insofern zur Steuerlast heranziehen, als die 4 Pfennig-Zigarette, auf die gegenwärtig ein reichliches Viertel aller hergestellten Zigaretten entfällt, abgeschafft werden soll, d.h. die 4 Pfennig-Zigarette wird in Zukunft 5 Pfennige kosten. Bei einem Absatz von rund 8 Milliarden 4 Pfennig-Zigaretten bedeutet eine derartige Preiserhöhung eine Bruttomehreinnahme der Industrie von rund 80 Millionen Mark. Hiervon fallen dem Reich etwa 26,7 Millionen Mark auf dem Wege über die erhöhte Steuer zu, während die Industrie rund 53,3 Millionen Mark behält, um die erhöhte Besteuerung zu tragen.

Von der erhöhten Steuerlast von 90 Millionen Mark verbleiben also noch 36,7 Millionen Mark. Nun erlöst der Kleinhandel bei einem Zigarettenkleinverkaufsumsatz von rund 1,6 Milliarden Mark heute reichlich 400 Millionen Mark. Hat die Zigarettenindustrie aber erst durch die gesetzliche Kontingentierung ein Monopol erhalten, so wird es für sie ein leichtes sein, diese Kleinhandelsspanne um rund 20 % zu vermindern und dadurch selbst eine Mehreinnahme von rund 80 Millionen Mark zu erzielen. Pläne, die darauf abzielen, sind schon seit langem bekannt.

Nach Abzug der Steuerlast verbleibt der Zigarettenindustrie als Ergebnis der Steuererhöhung ein neuer Uebergewinn von reichlich 40 Millionen Mark. Die erhöhte Zigarettenbesteuerung wird also zu einem hervorragenden Geschäft für die Zigarettenindustrie. Dafür, dass ihr ein Monopol verliehen wird, gewährt man ihr noch eine Erhöhung ihres Reingewinns um 40 Millionen Mark.

Jeder vernünftige Mensch muss auf den Gedanken kommen, weshalb das Reich, das doch wirklich nichts zu verschenken hat, diese Summe nicht nimmt. Die Antwort liegt auf der Hand. Der Einfluss der Zigarettenindustrie auf die bürger-

lichen Parteien ist so gross, dass das staatliche Monopol fürs erste nicht zu heben ist. Die Entwicklung ist hier gewissermassen zwangsläufig. Wenn man sich aber auch schon mit der Kontingentierung abfinden muss, so muss man verlangen, dass sich das Reich an den Monopolgewinnen beteiligt. Deshalb ist eine weitergehendere Steuererhöhung vorgeschlagen, als sie das Sofortprogramm vorsieht. Die voraussichtlichen Monopolgewinne lassen zu, dass die Materialsteuer nicht nur um 1 Mark, sondern um 2 Mark je kg und die Banderolensteuer nicht nur um 10 %, sondern um 20 % auf 36 % des Kleinverkaufspreises erhöht wird. Dadurch würde man eine steuerliche Mehreinnahme von 210 Millionen Mark erzielen anstatt der 120 Millionen Mark nach dem Sofortprogramm.

Der Zigarettentrust Reemtsma-Neuerburg hat sich bisher stets der besonderen Förderung durch die zuständigen Ministerialreferenten des Reichsfinanzministeriums - hoffen wir, aus Unkenntnis der ganzen Materie - erfreut. Das neue Geschäft, das sie ihm zgedacht haben, darf nicht die Genehmigung des Reichstags finden. Wenn wir schon das staatliche Zigarettenmonopol mit seinen Vorzügen für die Verbraucher nicht bekommen können, so soll die Zigarettenindustrie wenigstens mit einem Teil ihrer Gewinne zu den deutschen Reparationslasten beitragen. Es ist nicht notwendig, dass der Trust seine Gewinne auf dem Wege über die holländischen Tabakeinkaufsfirmen, die er sich angegliedert hat, in Europas nordwestliches Steuerparadies verflüchtet.

SPD. Man hofft, die Verhandlungen über den Kredit an die Stadt Berlin am Mittwoch abschliessen zu können. Insgesamt kommt ein Darlehen in Höhe von 40 Millionen Mark in Frage. Die Verzinsung soll 9,5 % betragen. Das gibt zu einigen Bemerkungen Veranlassung:

Berlin konnte den Kredit von der amerikanischen Bankfirma Dillon Read & Co. zu einem Zinssatz von 8,6 % bekommen. Die Durchführung dieser Anleihe wurde von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht durchkreuzt. In der Sitzung der Beratungsstelle hat Schacht insbesondere die Höhe der Verzinsung bemängelt mit dem Erfolg, dass Berlin jetzt 9,5 % zahlen muss. So treibt Herr Schacht die Zinssätze in Deutschland in die Höhe, um hinterher gegen die Städte den Vorwurf zu erheben, sie zahlten zu hohe Zinsen. Es wird immer besser mit dem "Retter".

Wie der "Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt, versprechen auch die Verhandlungen über den Reichskredit Erfolg und zwar gehen die Verhandlungen jetzt dahin, nicht nur den Jahresultimobedarf des Reiches zu befriedigen, sondern auch der Kassenlage für das nächste Vierteljahr, auf die selbstverständlich die steigende Arbeitslosigkeit zurückwirken wird, zu genügen. Auch hier wird ohne Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten verhandelt, was durchaus möglich ist, da das Ausland, das ja die Lage Deutschland ebenso gut kennt wie Dr. Schacht, die Opposition des Reichsbankpräsidenten entsprechend einschätzt. Man muss sich allerdings darauf gefasst machen, dass der vom Reich verlangte Kredit ohne die Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten teurer wird, als wenn sich Dr. Schacht für die Anleihe eingesetzt hätte. Also auch hier hat der Reichsbankpräsident durch seine Einstellung nur die Verteuerung des Kredits erreicht.

SPD. Die Beanspruchung des Kredits der Reichsbank ist in der Woche zum 14. Dezember um 137,6 Millionen Mark auf 2301,9 Millionen Mark zurückgegangen. Die Entwicklung ist als durchaus günstig anzusprechen. Die Bestände an Wechseln und Schecks verringerten sich um 172,3 Millionen Mark auf 2090,8 Millionen Mark.

Bei den Beständen an Gold und deckungsfähigen Devisen ist ein Rückgang um 5,5 Millionen auf 2637,9 Millionen Mark festzustellen. Der Rückgang entfällt auf die Devisenbestände, die sich um 8 Millionen Mark auf 390,8 Millionen Mark

verringerten. Die Goldbestände weisen eine Zunahme um 2,5 Millionen auf 2247,1 Millionen Mark auf. Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 47,9 % in der Vorwoche auf 49 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 56,4 % auf 57,5 %.

SPD. Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit dem Vorschlag der Regierung auf Erhöhung der Schuhzölle. Abg. Simon-Franken (Soz.) wandte sich grundsätzlich gegen die Erhöhung der Schuhzölle und verwies auf den Rückgang der Schuhereinfuhr aus der Tschechoslowakei. Dieser Rückgang sei zweifellos darauf zurückzuführen, dass die tschechische Firma Bata zwar billige aber schlechte Qualität liefere, die keinen grossen Absatz mehr in Deutschland finde. Der Antrag der Regierung wurde schliesslich angenommen. Ein anderer Antrag die bisherigen Sätze der Schuhzölle bestehen zu lassen, verfiel der Ablehnung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Der Ausschuss beschloss ferner noch eine Erhöhung der Zölle für Eisensand und Stahlspähne. Am Mittwoch wird sich der Ausschuss mit den Alumini-
umzöllen beschäftigen.

Berliner Viehmarkt.

(17. Dezember)

SPD. Der Schweinemarkt setzte mit höheren Forderungen ein, da die Zufuhren verhältnismässig klein ausgefallen waren. Die Preise konnten in allen Klassen anziehen. Gegen Schluss des Marktes flaute das Geschäft etwas ab. Auf dem Kälbermarkt entwickelte sich gutes Geschäft, da die Nachfrage grösser war. Dagegen eröffnet der Rindermarkt sehr ruhig. Der Auftrieb genügte völlig der Nachfrage.

Der Markt am 24. Dezember findet in allen Gattungen von 9 bis 12 Uhr statt; der Markt am Freitag, den 27., wird auf Sonnabend, den 28. Dezember, verlegt.

Ämtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 43-47 (voriger Markt 45-49), b) 30-39 (31-41), c) 25-27 (26-28),
d) 20 - 23 (20 - 24), Kälber: a) - , b) 86-98 (85-96), c) 68-88 (65-85),
d) 50 - 65 (48 - 60), Schweine: a) (über 300 Pfd.) 81 (79) b) (240-300 Pfd.)
80-82 (79), c) (200-240 Pfd.) 80-83 (77-79), d) (160 - 200 Pfd.) 78 - 80
(75-77), e) (120-160 Pfd.) 74-78 (72-74), f), (unter 120 Pfd. - , g) (Sauen)
70 - 72 (69).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 17. Dezember: I. 166 Mark, II. 151 Mark, III. 135 Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

SPD. Am Dienstag tagte in Berlin die Studiengesellschaft für Automobilstrassenbau. Die Tagung brachte einen Vortrag des Dr. Ing. Rappaport -Essen über den Ausbau zwischengemeindlicher Verkehrsstrassen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und ein Referat des Dr. Löhning über den Automobilstrassenbau in Nordamerika.

Im Mittelpunkt der Tagung stand jedoch die Frage einer Auslandsanleihe für den deutschen Automobilstrassenbau. Um diese Auslandsanleihe wird schon seit Jahren gekämpft. Am Dienstag setzte sich Direktor Dr. Fischer von der Reichskreditgesellschaft für diese Anleihe ein und zwar betonte Fischer, dass man wohl durch Drosselung der Investitionstätigkeit Kapital ansammeln könne. Diese Kapitalsansammlung habe aber Grenzen und erinnere immer an die Ziege, der man das Fressen abgewöhnen wollte und die dabei einging. Auch müsse man bei der Kapitalbildung psychologische Momente beachten und zwar nach der Seite der Kapitalflucht hin. So bliebe auch bei stärkster Drosselung aller Investitionen ein Kapitalbedarf vorhanden, der durch das Ausland befriedigt werden müsse. Eine Auslandsanleihe für den Strassenbau wäre so weit für Deutschland berechtigt und zu verantworten, als sie einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzeffekt habe und geeignet sei, der Arbeitslosigkeit in möglichst vielen Gegenden entgegen zu arbeiten. Für die Aufnahme der Auslandsanleihe selbst empfahl Fischer die zentrale Aktion. Das Ausland sei nach seiner Auffassung bereit, Strassenbauanleihen auch nach Deutschland zu geben. Fischer schlug vor, für diese Anleihe die Kraftfahrsteuer zur Verfügung zu stellen, was jedoch nicht mit einer Verpfändung zu verwechseln sei. Wenn er den Vorschlag mache, so habe er dabei im Auge, durch die Zurverfügungstellung der Kraftfahrsteuer den Zinssatz für die Anleihe zu verbilligen.

SPD. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am Dienstag mit dem Entwurf eines Reichsmilchgesetzes. Angenommen wurde eine Reihe von Abänderungsanträgen, die die Mitwirkung und Rechte der im Gesetz vorgesehenen Ueberwachungsausschüsse und Ueberwachungsstellen und die Bildung eines Sachverständigenbeirats betreffen. Der Ausschuss vertritt auch den Standpunkt, dass in den Ueberwachungsstellen ausser den Beauftragten der Gemeinden und der Gemeindeverbände auch diejenigen Kreise vertreten sein müssen, die Milch vertreiben bzw. Milch verbrauchen. Eine Anregung, die im Entwurf vorgesehene Konzessionierung des Milchhandels vom Vorliegen eines Bedürfnisses abhängig zu machen, wurde abgelehnt.

SPD. Der Spritkonzern (Schultheiss-Patzenhofer-Ostwerke) hat auch in diesem Jahr sehr gut abgeschnitten. Bei Schultheiss-Patzenhofer, die wie im vorigen Jahr 15 % verteilen, hat sich der Rohertrag nach Abzug der Fabrikationsunkosten von 83,35 Millionen auf 87,23 Millionen Mark erhöht. Die Abschreibungen werden von 6,64 Millionen auf 7,41 Millionen Mark heraufgesetzt. Der Reingewinn liegt mit 10,36 Millionen Mark ungefähr auf der Höhe des Vorjahres. Wie in den Vorjahren scheint Schultheiss-Patzenhofer auch diesmal starke Zurückstellungen gemacht zu haben. Dazu kommt eine erhebliche Selbstfinanzierung, von der die Steigerung der Anlagekosten (Grundstücke und Gebäude von 51,7 auf 55,6 Millionen Mark und sonstigen Anlagen, Maschinen, von 12,66 auf 15,49 Millionen Mk.) Zeugnis geben. Im übrigen wird darauf verwiesen, dass seit der letzten Bierpreiserhöhung schon eine dreimalige Lohnerhöhung erfolgt sei. Dadurch will der Spritkonzern wahrscheinlich die gewünschte Bierpreiserhöhung vorbereiten. - Bei den Ostwerken hält sich der Gewinn mit 5,6 Millionen Mark auf der Höhe des Vorjahres. Die Handlungskosten haben sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich gesenkt und zwar von 770 000 Mark auf 550 000 Mark. Auch für die den Ostwerken angeschlossenen Konzerne wird die Situation im ganzen günstig beurteilt.

Sehr fest.

(Getreidebörse vom 17. Dezember.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in einer ungewöhnlich festen Haltung. Massgebend hierfür waren die Verhandlungen des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages, welche eine baldige Erhöhung der Getreidezölle in Aussicht stellen. Dazu kam das stark verminderte Angebot an Weizen und Roggen. Da ferner vom Auslande höhere Preise gemeldet waren und die Mühlen vermehrte Kauflust zeigten, konnte sich der Preis für effektiven Roggen um 7 Mark befestigen. Am Markte der Zeitgeschäfte betrug die Preisgewinne des Roggens etwa 2 - 4 Mark, auch Weizen hatte wesentlich festere Tendenz. Hier beschränkten sich aber die Preissteigerungen für effektiven Roggen wie auch am Zeitmarkte auf etwa 4 Mark. Eine gewisse Belebung zeigte sich auch im Mehlhandel. Es scheint, dass der Konsum, der in den letzten Wochen nur sehr wenig gekauft hat, schlecht versorgt ist. Bei gebesselter Kauflust erhöhten die Mühlen ihre Forderungen um 25-50 Pfennig je Sack, die jedoch nicht immer ganz leicht durchzusetzen waren. Auch Hafer konnte von der festeren Tendenz profitieren, zumal das Angebot nicht sehr gross war.

	<u>16. Dezember</u>	<u>17. Dezember</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	233 - 234	237 - 238
Roggen	165 - 167	171 - 173
Braugerste	187 - 203	187 - 203
Futter- und Industrierogerste	167 - 177	167 - 177
Hafer	144 - 153	147 - 156
loco Mais Berlin	168	166
Weizenmehl	28,50-34,50	28,50-34,50
Roggenmehl	23,00-26,50	23,25-26,75
Weizenkleie	11,00-11,50	11,00-11,50
Roggenkleie	9,75-10,25	9,75-10,25
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember - , März 264½ bis 263½, Mai 275-274. Roggen Dezember 186, März 205-204, Mai 214½ bis 214. Hafer Dezember-, März 177½-176, Mai 189-187 und Brief.</u>		

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, 17. Dezember.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	1,30 - 1,55
" Weizenstroh "	"	1,25 - 1,40
" Haferstroh "	"	1,20 - 1,35
" Gerstenstroh "	"	1,20 - 1,30
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	"	1,45 - 1,60
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	1,25 - 1,35
" Weizenstroh	"	1,20 - 1,30
Häcksel	"	1,95 - 2,20
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	2,75 - 3,15
Gutes Heu, gesund und trocken	"	3,20 - 3,80
Luzerne, lose	"	- - -
Thymothee, lose	"	4,30 - 4,80
Kleeheu, lose	"	4,20 - 4,70
Mielitz-Heu, lose, rein	"	- - -
" " " (Warthe)	"	2,50 - 2,90
" " " (Havel)	"	2,40 - 2,70
Drahtgepresstes Heu	Pf.	40 über Notiz.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 17. Dezember 1929.

Die vorsorgliche Gattin.†

SPD. Der Fremde wählte noch mit Kennerblicken einen Brillanten. Der Juwelier beobachtete seinen vornehmen Kunden scharf, wenn auch sein Misstrauen durch nichts gerechtfertigt war. Er hatte es sich angewöhnt, jeden auch noch so distinguierten Käufer als Spitzbuben zu betrachten. Argwöhnisch gegen alle Welt, konnte er sich tatsächlich rühmen, noch nie von einem Gauner geschädigt worden zu sein.

"Was soll dieser Stein kosten?" fragte der Fremde mit ausländischem Akzent. Der Juwelier nannte einen unverschämt hohen Preis. Er war nämlich nicht nur das Misstrauen selbst, sondern auch die Habgier in Person.

"Ich kaufe ihn sofort," sagte der Fremde, ohne eine Miene zu verziehen. Der Juwelier stutzte. Zählte mit einem Blick die auf dem blauen Samtteller ausgebreiteten Edelsteine. Nicht ein Splitterchen fehlte.

"Bis jetzt ist alles in Ordnung", dachte er dabei. "Der Mann will mich jetzt natürlich mit einem falschen Scheck hineinlegen."

"Hier ist das Geld". Der Fremde griff in seine Brusttasche. "Er wird mir falsche Banknoten andrehen wollen," schoss es den Juwelier durch den Kopf. Aber die Scheine waren echt. Der Kauf war abgeschlossen. Ein reelles Geschäft, ein gutes Geschäft. "Du lieber Himmel", stöhnte der Juwelier hinter dem Fremden her, "der Kerl will mich betrügen; nur weiss ich nicht, auf welche Weise..."

Er war noch in Grübeln versunken, als seine Ladentüre aufgerissen wurde und ein Herr mit einem wahren Bulldoggengesicht eintrat. "Kriminalkommissar Fuchs", legitimierte sich der Beamte. "Sie verkauften soeben, wie ich durch das Schaufenster feststellen konnte, einen Stein - "

"Na und -". Dem Juwelier blieb die Sprache weg.

"Hinter dem Käufer vermute ich einen geriebenen Spitzbuben!"

"Sie erzählen mir da nichts Neues, Herr Kommissar!" triumphtierte der Juwelier. Des Kriminalbeamten Augen huschten über den Ladentisch.

"Fehlt Ihnen irgend ein Schmuckstück. Stellen Sie das sofort fest; es ist von grösster Wichtigkeit!"

"Nicht ein Stäubchen," erwiderte der Juwelier.

"Aha," sagte der Beamte, "daran erkenne ich schon meinen Mann. Es ist kein geringerer als der bekannte "Diamanten-Teddy" -

"Nanu," meinte der Juwelier interessiert und machte sich seine eigenen Gedanken.

"Ich nehme an, dass sich "Diamanten-Teddy" diese Schmuckkollektion zusammengestellt hat?" Der Kommissar wies mit dem Kinn nach einer Juwelengkassette, die von Schmuckstücken strotzte.

"Allerdings", lachte der Juwelier. "Er hielt mich wohl für so naiv, dass ich tatsächlich damit zu ihm ins Hotel laufen würde. "

"Dieser alte Trick! Den Burschen scheint nichts Neues mehr einzufallen," bemerkte der Kriminalbeamte geringschätzig.

"Jedenfalls hat er mir den Stein, den er gleich mitnahm, sehr anständig bezahlt, Herr Kommissar!"

"Das gehört mit zum Trick. Er wollte Sie ja nur in Sicherheit wiegen, Was spielen die paar Tausender für eine Rolle gegenüber diesem Vermögen, das er sich da mit Kenneraugen zusammengestellt hat? Ich fürchte, "Diamanten-Teddy" hat es diesmal auf Sie abgesehen. Wir müssen alle List anwenden, um die Burschen unschädlich zu machen."

"Sie sprechen von mehreren?" fragte der Juwelier aufhorchend.

"Ja, er arbeitet augenblicklich mit noch einem Komplizen, ebenfalls ein Gauner internationaler Klasse - "

"Aber es muss Ihnen doch jetzt gelingen, diese Banditen endlich zu fassen, Herr Kommissar. Man zittert ja den ganzen lieben Tag vor solchen Leuten" meinte der Juwelier beunruhigt.

"Das soll auch geschehen. Bisher fehlte immer eine richtige Handhabe. Die Indizien reichten wohl zu einer Verhaftung, nicht aber zur Verurteilung aus, Ich muss die Kerle auf frischer Tat ertappen. Dann schliessen sich die Glieder der ganzen, langen Betrugskette von selbst".

"Hm, mir liegt natürlich sehr viel daran, diese gefährlichen Menschen unschädlich zu wissen," brummte der Juwelier.

"In Ihrem eigensten Interesse! Es wäre angebracht, wenn Sie sich tatsächlich mit dem Schmuckkoffer ins Hotel begeben würden, Natürlich wird das Hotel von meinen Beamten bewacht werden, Ich selbst begleite Sie auf Schritt und Tritt als Ihr Angestellter...."

+ + +
Der Fremde stand reisefertig in seinem Hotelzimmer. "Lassen Sie die Herren gerne eintreten!" sagte er zu dem anmeldenden Stubenmädchen. Dem Juwelier klopfte ein wenig das Herz, als er sich seinem vornehmen Kunden, dem "Diamanten - Teddy", gegenüber sah. Die mächtige Gestalt des Kriminalbeamten, der sich mit ihm durch die Türe schob, beruhigte ihn aber zusehends.

"Ausgezeichnet, meine Herren, dass Sie kommen. Ich bin im Begriffe, abzureisen. Hoffentlich haben Sie alles mitgebracht, ja?" wandte er sich an den Juwelier. "Das ist nett von Ihnen. Es sind ein paar aussergewöhnlich gute Sachen darunter. Geben Sie her; Sie wissen ja, ich liebe keine langen Verhandlungen. Kürze ist bei mir die Würze!" Er griff nach dem Schmuckkoffer, den der Juwelier aber krampfhaft festhielt.

"Halt!" rief da im richtigen Augenblicke der Kommissar und bemächtigte sich des Koffers, "halt, meine Herren!" Und als der Juwelier verschmitzt zu seinem Verbündeten aufblickte, sah er direkt in die Mündung einer ansehnlichen Browningpistole. "Ich habe Ihnen ja bereits erzählt, mein Herr", lachte das Bulldoggengesicht unverschämt, "dass "Diamanten-Teddy" mit einem Komplizen internationaler Klasse zusammenarbeitet!"

+ + +
Als sich der Juwelier nach Hause trollte, lächelte er stillvergnügt vor sich hin. Er versetzte sich in die Stimmung der beiden Gauner, deren Trick ihm längst bekannt war. Jetzt sassen sie schon im Express und schnitten den Schmuckkoffer auf. Und beugten sich über einen Karton flimmernden Christbaumschmucks...

Kaum hatte er aber die Schwelle seines Ladens überschritten, als ihm die Zornader schwoll. "Was treibst du denn da?" fauchte er seine Gattin an, die ein Christbäumchen sorgfältig aufputzte. "Ach" lächelte die Gattin, "du hattest natürlich in deiner unsinnigen Eile statt der Schmuckkassette den Karton mit unserem schönen Christbaumschmuck in deinen Koffer gepackt. Glücklicherweise habe ich das Versehen noch rechtzeitig entdeckt..."

Max Bernardi

Der Dichter als Buchhändler. +

SPD. Ben Akiba hat wieder einmal Recht behalten: Es ist schon alles da gewesen. Auch der kommunistische Dichter Johannes R. Becher, der vor einigen Tagen auf die Polizeiwache spazieren musste, weil er ohne Gewerbeschein in den Strassen Berlins versucht hatte, seine eigenen Werke zu verkaufen, hat bereits einen Vorgänger gehabt. Wer beispielsweise im verflorenen Sommer am Rhein spazieren ging, wo die Weinreben und die alten Burgen der Pfalz zufrieden und heimatfroh herablächeln, oder wer in den Strassen der behaglichen pfälzischen

Städtchen herumbummelte, der erblickte zu seinem Erstaunen einen intelligent aussehenden jungen Menschen, auf dessen Brust ein grosses Schild baumelte. Mit fetten schwarzen Buchstaben war auf dem Plakate zu lesen: "Der junge Schiller am Rhein. Ein Romanbuch aus der Schillerzeit von Max Braun". Und damit das Publikum auch gleich wusste, wen es vor sich hatte, stand da als letzte Schlagzeile gross und deutlich: "Der Dichter verkauft sein eigenes Werk,"

Das gab eine Sensation in den sonst so friedlichen, behäbigen Städtchen. Vor allem in der Hauptverkehrsstrasse, am Marktplatz und am Postgebäude stauten sich die Neugierigen. "Was es heit alles gibt; ma sollts nit glaabe!" meint ein echter "Pfälzer" zu seinem Nachbarn. Der wiegt bedächtig das Haupt. "Ja, ma muss sich halt erscht an die nei Zeit gewenne," erwidert er sinnend.

Der junge Dichter ist inzwischen bei einer kleinen Gruppe stehen geblieben und zeigt bereitwillig seinen Verkaufsartikel. Das Buch wird in die Hand genommen und durchblättert, schon finden sich Käufer. Ein freundliches Gespräch zwischen Schriftsteller und Publikum bahnt sich an. "Mamme, Mamme, kaaf mer doch aach so e Biechel! Mir nemme jetz grad de Schiller in der Schul' durch", bittelt ein kleiner Bengel mit bunter Mütze seine Mutter, eine rundliche, kleine Frau, an, die unschlüssig stehen bleibt. Als nun jedoch der junge Dichter, der diese Worte gehört hat, geradewegs auf sie zu kommt, da weicht sie doch ein wenig zurück. Das alles ist eben doch zu ungewohnt, ja, wenn der junge Mann Schnürsenkel verkaufte oder Heftpflaster - aber sein eigenes Werk! Ein Dichter ist doch mehr als andere Menschen - wenigstens hat man sich das immer so vorgestellt -, und nun steht einer mitten auf der Strasse, hat sich ein Plakat umgehängt, hat schief getretene Absätze, keinen Hut auf dem Kopfe - wie soll man sich das nur verhalten?

"En richtiger Dichter duut doch so was nit," sagt eben ein junges Mädchen leise verweisend zu einer Freundin, die nicht abgeneigt zu sein scheint, sich ein Buch zu kaufen. "En richtiger Dichter sitzt an seim Disch un schreibt, aber selber verkaafe - nä - des duut kaa Dichter...."

Der junge Mensch geht ruhig lächelnd weiter, als sei das, was er tue, das Selbstverständlichste, das man sich denken könne. Und überall auf den Strassen bleibt man stehen, blickt ihm kopfschüttelnd nach, und einige kurz Entschlossene halten ihn an. Aus freundlichen Worten hinüber und herüber entspinnt sich ein Verkauf, der auch gleich Nachahmer findet. Ist erst einmal der Anfang gemacht, dann geht das Geschäft ganz von selber...

Wirklich ein "richtiger Dichter?" Ein wertvolles Buch, das sonst vielleicht längst unter Hunderttausenden vermodern würde, wenn sein Verfasser nicht den Entschluss gefasst hätte, es selbst zu verkaufen? Oder nur eine kleine Sensation mehr, die in kurzer Zeit ausgespielt hat? Immerhin: hier tut sich ein sehr ernstes Kulturproblem unserer Zeit auf. Unser Büchermarkt leidet an einer ungeheuren Ueberproduktion. Nur verhältnismässig wenige Bücher werden wirklich gelesen und gekauft, und sicherlich nicht immer gerade die wertvollsten. Was sollen nun aber alle die unglücklichen Dichter und Schriftsteller anfangen, die auf diese Weise zu völliger Erfolglosigkeit verurteilt sind? Warum sollen sie nicht auch einmal versuchen, die Mauer zu durchbrechen, die sie von ihren Lesern trennt? Warum soll der Dichter dazu verurteilt sein, sein Leben lang ein Hungerdasein am Schreibtisch zu führen? Der Buchhändler versichert ihm stets, dass der Verkauf von Büchern das schwierigste Geschäft auf der Welt sei, dass es dazu besonderer Reklame, besonderer Geldmittel, grossen persönlichen Einflusses und wer weiss noch was bedürfe. Jeder Erfinder darf sein Werk zum Verkauf anbieten, jeder Kaufmann macht Reklame für seine Waren, jeder Maler versucht, seine Bilder loszuwerden. Warum soll heute, wo das Buch so gering geschätzt wird, dass man frei nach Wilhelm Busch sagen kann: "Bücher schreiben ist nicht schwer, sie verkaufen aber sehr!", der Dichter nicht sein eigener Buchhändler sein? -

Dr. Elke.

Die Wartehalle zum Ruhm.

SPD. Vor einigen Monaten kam eine Frau nach Berlin - wie so viele, die aus der Provinz auswandern, weil sie mit ihrem Schicksal unzufrieden sind und etwas Neues, Besseres, Unbekanntes, Verlockendes, kurz und gut: weil sie das Glück suchen. Aber sie kam doch anders als die meisten, die voller Erwartung in die Stadt der Schicksale und der Zufälle fahren: sie kam mit offenen Augen und mit der Gabe, Ideen, die auf der Strasse liegen, aufzufinden und anzupacken.

Das ist eine kleine, unauffällige Frau, die in der tiefsten Provinz ein kleines Geschäft hatte, das nicht eben schlecht ging. Es brachte ihr wohl Geld zum Leben, aber keine innere Befriedigung. So machte sie den ganzen Kram eines Tages zu Geld, packte ihre Siebensachen und dampfte ab. Was sie tun wollte, wusste sie zunächst nicht. Geld verdienen natürlich, und wenn möglich, auf eine Art, die Spass macht. Wie? Mein Gott, wie soll man das vorher wissen? Sie schlug ihr Quartier in Berlin auf, wanderte durch die Strassen und schaute sich um, sass in den Cafés, lernte Menschen kennen, sprach mit ihnen so dies und das. Und etwas - wer mag es wissen, ob es die Laune des Zufalls war oder die Laune des Gefühles - trieb sie in die Kreise der Boheme. Sie sah, dass das prominente Künstlervolk in sehr hübschen, aber auch sehr teuren Lokalen ass. Sie sah, dass die Jugend keine rechte Bleibe hatte, dass sie immer in ein paar Lokalen und Cafés sass, in denen sie sich nicht wohl fühlen konnte, weil andere Menschen mit dabei waren, und sie hörte, wie man auf diese Lokale schimpfte und sich nach einem richtigen sehnte, wo man zu Hause war.

Die kleine, agile Frau sondierte weiter die Wünsche und Sorgen dieser Boheme, dieser Jugend, die später einmal in den Lokalen der Prominenz zu verkehren hofft, aber heute noch zwangsläufig zwischen Löffelersbisen und Eiern im Glase lebt. Auf einmal hatte sie ihre Idee. Ganz in der Nähe des neuen Zentrums, kaum hundert Schritte von der Gedächtniskirche und dem Kurfürstendamm entfernt, mietete sie einen kleinen Laden, stellte ein paar Tische und einen Haufen Stühle herein, lud ihre neuen noch unbekanntes Genies ein, und - die "Lunte" war fertig.

"Lunte" heisst das Lokal, und Lunte heisst heute auch die Frau, die es schuf. Wer es nicht kennt, geht achtlos daran vorbei. Ein erleuchteter, mit Vorhängen zugezogener Laden mit einem kleinen, runden Licht über der Türe. Das ist alles. "Lunte" steht mit ein paar schiefen, modernen, aus Papier ausgeschnittenen Lettern an der Fensterscheibe. Sonst nichts. Keine Reklame, keine Erklärung, was sich hinter diesen Scheiben abspielt. Nur Lärm und Rauch dringt aus der Türe, wenn sie aufgestossen wird. Und alles, was sich zur kommenden Generation rechnet, zog und zieht zur Lunte. Die jungen Dichter und die jungen Reporter, junge Schauspieler, Maler, Tänzerinnen und auch ein paar bereits Prominente kommen dorthin. Die Miete für den Laden ist billig, und die Einrichtung hat ausser den Stühlen und Tischen die Lunte ihren Gästen überlassen. Die haben die Wände freundlich und nach ihrem Geschmack ausgeschmückt. Bedienung gibt es nicht; nur für bürgerliche Sehleute, die sensationslüstern hierherkommen, ist ein dienstbarer Geist vorgesehen. So kann die Lunte billig sein, billiger als alle Gastwirte ringum auf diesem teuren Pflaster. Diese Billigkeit ist auch nicht gerade Luntens schlechteste Spekulation.

Sie ist eine tüchtige Frau und hat obendrein noch ein paar Allüren, die ihr auf Reklamekonto zugute kommen. Tagaus, nachtein hat sie eine schwere, schwarze Zigarre im Munde, und niemand existiert, den die Lunte nicht duzt. Männer und Frauen, Nesthäkchen und Greise. Das gibt ihr etwas Mütterliches und um ihre Gäste Besorgtes, denen sie alle Freiheit lässt. Hier kann das Lokal zum Debattierklub erklärt werden, hier werden Aufrufe gehalten und Literaturpäpste gestürzt, hier wird gestritten und getollt, hier kann man ein Grammophon mitbringen und Musik machen, Schach spielen, die Füsse auf den Tisch legen und Verse deklamieren. Wer Hunger oder Durst hat, deckt sich am Buffet ein, wer kein Geld hat, bleibt bescheiden in der Ecke sitzen und nassauert ungestraft.

Zur Lunte geht "man" selbstverständlich jede Nacht, wenigstens auf Stipp-Visite, um nachzuschauen, wer da ist, Aber fast immer bleibt man hängen und ist lustig und guter Dinge bis in den frühen Morgen. Da werden Pläne geschmiedet, da wird geflirtet, da wird mit ebensolcher Hitze über die Psychoanalyse geistig gerauft wie über die überschätzten Beine einer bekannten Filmdiva. Da ist man zu Hause und bei seinesgleichen und braucht nicht voller Bange bei jeder Bestellung beim Kellner vorher Kassensturz zu machen. Da geht man einfach zur Lunte ans Büffet; die rollt die Zigarre mit Routine in einen Mundwinkel und sagt: "Na, was willst Du denn, mein Sohn?"

Die Lunte - geben heute alle Leute zu - hat eine gute Idee gehabt. Und jetzt hatte sie schon wieder eine.

Von den vielen Projekten, die tagtäglich in diesem kleinen Raume geschmiedet werden, hat man eins der Lunte vorgetragen. Die Jugend wollte wieder ein eigenes Kabarett, ein eigenes Sprungbrett haben. Um diese Tische sitzen Dutzende junger Menschen, die begeistert mitmachen würden. Bislang fehlte es, wie immer, an Geld. Die Lunte hörte den Vorschlag an, erwog ihn eine Weile und sagte dann: "Gut Kinder, das Geld kiregt ihr von mir." "Anti" werde das Kabarett heissen, und in den vier Buchstaben liegt das Programm jugendlichen Trotzes, künstlerischen Protestes gegen die schale und modische Verflachung des gegenwärtigen Kunstbetriebes. Ende November ist man damit gestartet.

Bisher war die Lunte eine Boheme-Wirtin par excellence. Nun ist sie auch noch ihr Financier geworden. Und eine glänzende Geschäftsfrau ist sie obendrein. Ihre "Wartehalle zum Ruhm" ist jede Nacht gestopft voll.

Delta.

Towaritsch Affe.+

SPD. Die Sowjetpresse war kürzlich in grosser Aufregung. Gewissenhafte Kommunisten hatten Missbräuche angezeigt, die im Zoo von Moskau vorkamen: der Direktor des Unternehmens hatte nämlich jede Woche aus Afrika einen Korb mit - Bananen kommen lassen.

Aufgefordert, sich zu rechtfertigen, wies der Direktor nach, dass die kostbaren Früchte für - einen kleinen Affen bestimmt waren, der, weil er besonders schwächlich war, keine andere Nahrung zu sich nehmen konnte.

Diese Erklärung genügte jedoch den hundertprozentigen Kommunisten nicht. Das junge Tier war im Zoologischen Garten geboren. Es war also russischer Bürger und hatte ganz so zu leben, wie seine Genossen.

Der Direktor musste beim Zentralkomitee um Entscheidung nachsuchen. Man berieth und kam zu dem Schlusse, man könne dem Affen ein Ausnahmerecht zubilligen, da er ja kaum als Bourgeois gelten könne. Aber inzwischen war der kleine Affe, seiner Nahrung mehrere Wochen lang beraubt, bereits gestorben.

A.U.

Weihnachtsabend.

Sie teilen brüderlich den letzten Brocken Brot,
Die beiden Armen, die ohn' Obdach an der alten Mauer stehn.
Blind sind für diese grauenvolle Not
die warm verummten Frommen, die vorbei zur Kirche gehn.

"Kommt, feiern wir, so gut es geht, das Weihnachtsfest!"
spricht schlicht ein Mann, der eben tritt an ihre Seite.
Kommt mit, schlupft unter in das warme Nest!
Fünf Kinderschnäbel sperren zwar, doch reicht's noch für euch beide!
Carl Bender.

SPD. Die neuen Völkerbundsgebäude. + Der Völkerbundssekretär hat den Völkerbundsmitgliedern die Ausschreibungsbedingungen für den Neubau der Völkerbundsgebäude übermittelt. Die Bedingungen entsprechen im allgemeinen den bei öffentlichen Bauten üblichen, jedoch mit dem Unterschiede, dass das Baukomitee sich von vornherein das Recht vorbehält, die Bewerbungen irgend einer Firma ohne Angaben von Gründen zurückzuweisen. - Da das Baukomitee, das in der Hauptsache aus den fünf Architekten besteht, die nicht gerade aus sachlichen Gründen mit der Durchführung der Bauten beauftragt worden sind, keine besondere Gewähr für Objektivität bietet, so wäre es eigentlich das Gegebene, dass der Völkerbundsrat sich mit den Ausschreibungsbedingungen befasste und eventuell eine vertrauenerweckende Kontrollinstanz für das Baukomitee einsetzte.

SPD. Zwei Schaubuden-Plakate kommen ins Museum. + Einer der interessantesten französischen Künstler, der Maler Henri Toulouse-Lautrec, hatte im Jahre 1895 für eine Schaubude zwei grosse Plakate auf Leinwand geschaffen. Der Auftrag kam von einer damals in Paris berühmten Tänzerin, der sogenannten "La Goulue", die diese Leinwände für die Schauseiten ihrer Baracke verwandte. Dargestellt sind einmal die Tänzerin selbst und ferner die männlichen Hauptfiguren ihrer Truppe und etliche markante Gestalten unter den Zuschauern. Diese eigenartigen Plakate waren 9 Jahre später, 1904, als drei Jahre nach dem Tode des Künstlers, im Pariser Herbstsalon zu sehen. Dann wurden sie zerschnitten, um leichter verkäuflich zu sein, und kamen so stückweise in Privatbesitz.

Neuerdings ist es nun der Pariser Museumsleitung gelungen, durch eine Reihe glücklicher Zufälle allmählich alle Teile dieser Riesenleinwände zu erwerben. Man plant deshalb jetzt, die beiden grossen Plakate so, wie sie einst den Eingang jener berühmten Tanzbude geschmückt haben, wiederherzustellen und sie dann im Luxembourg-Museum als charakteristisches Werk aus dem Paris der Jahrhundertwende zur Aufstellung zu bringen. Ein höchst eigenartiger Fall, der eigentlich nur ein Gegenstück in den berühmten Firmenschildern Antoine Watteaus's für den Kunsthändler Gersaint hat, die gleichfalls Museumsobjekte geworden sind.

SPD. Ein neues Michelangelo-Bildnis. + Während die meisten Künstler der Renaissance sich wechselseitig sehr oft porträtiert haben, gab es bisher von Michelangelo nur einige Selbstporträts, aber keine absolut sichere Darstellung des Künstlers von fremder Hand. Jetzt scheint ein solches Bildnis aber der italienische Kunstgelehrte Carlo Gamba im Museum von Nancy als unbezweifelbar festgestellt zu haben. Es handelt sich um ein Gemälde des venezianischen Malers Lorenzo Lotto; das Brustbild zeigt die düsteren Züge des grossen Künstlers, der Kopf ist von einer Kapuze bedeckt. Als Grundlage für die Annahme, dass es ein Kopf von Michelangelo sein kann, dient die Tatsache, dass in diesem Gemälde ein rund fünfzigjähriger Mann dargestellt ist. Das trifft genau mit den bekannten Daten von Michelangelos Leben zusammen. Im Jahre 1529 reiste Michelangelo nach seiner Arbeit in Bergamo über Venedig. Dort hat ihn Lotto gemalt; es ist auch der einzige Ort, wo die beiden Künstler zusammengetroffen sein können.

Hundert Tage Eifersucht.

Roman von Pierre Humberg.

Copyright by Verlag von Th. Knauer Nachfg., Berlin W. 50.

20)

SPD. Faure fluchte wie eine verdammte Seele:

"Keine Möglichkeit mehr, sauber zu bleiben; Donnerwetter! Das war noch heute morgen weiss!" Er versuchte einen Fleck auf seiner Weste wegzuputzen, und über dem teilweise verschwundenen Fleck zeigte sich die graue Spur seiner Fingerringe. Eine freudige Erregung durchzitterte das Schiff, das zum erstenmal seit drei Monaten nicht mehr schlingerte.

"Nur noch zehn Tage", schrie Piétri, "und ihr seht eure Puten wieder!"

Bayard erklärte:

"Die Erde riecht heute nach Kohle."

Die Lademasten schütteten grosse Körbe voller Erdnüsse in die Schiffsräume, die Nüsse hagelten hinab mit einem Geräusch wie kleine Erbsen.

Mével fühlte sich von einer ungeduldrigen und bösen Freude gepackt. Nur noch zehn Tage: Für ihn bedeutete es noch etwas anderes als eine Heimkehr, wie sie eh und je gewesen war. Er würde sie wiedersehen, und er wusste, was er zu tun hatte. Er sah sich nun so dicht vor die Tat gestellt, an die er seit Monaten dachte, dass ihn eine plötzliche Furcht befiel. Und er fühlte ferner, dass Dakar ihm die letzte ungetrübte Stunde seines Lebens bot, und dass er noch Zeit hatte, das Bild Maries in glücklichen Farben zu malen, so glücklich wie in seinen ersten Erinnerungen. Binnen wenigen Tagen würde dies alles nicht mehr möglich, würde zwischen ihnen jener Revolverschuss sein, dessen Knall in schweren dumpfen Stunden sein Hirn durchzuckt hatte.....

Wieder sah er vor sich den kleinen, sinnlichen Mund, der sich nicht gern öffnete, es sei denn für Bonbons und Küsse. Ihre Art, an seinem Arme zu spazieren und ihn hin und her zu zerren: Er konnte diese Manier nicht leiden wie alle Matrosen, denn nach einer monatelangen Fahrt liebt man es, gerade darauf los zu gehen und nicht zu promenieren. Er versuchte sich an den Klang ihrer Stimme zu erinnern, aber sein Gedächtnis war nicht imstande, eine befriedigende Illusion heraufzubeschwören. Leise ahmte er sie nach, hoffte in seiner verstellten Stimme den Ton zu erhaschen, der Marie gehörte. Und dann hatte sie eine so zärtliche Art, ihm in die Augen zu sehen und zu sagen:

"Du, du, mein Kleiner!"

Und jetzt probierte sie zweifellos ihre natürlichen Verführungskünste an einem andern. Aber Mével sagte sich mit Wohlgefallen, dass bestimmte Gebärden Maries nur ihm, nur ihm gehört hatten; und was er sich im Sturme der Sinne erzwungen hatte, konnte bei allen Toussaints der Welt sich nie mehr wiederfinden. Unter der heissen Sonne fühlte Mével die alten Erinnerungen neu erwachen. Sie waren süss gewesen und gemeinsam. Und dieses alles sollte bald entschwinden. Er dachte an Marie, wie man an jene zarten Kinder denkt, die man schweigend geliebt hat, ohne ihnen irgend etwas zu sagen, da sie es nicht verstanden hätten. Er beschuldigte sich, dass er vielleicht nicht so ganz richtig geliebt, dass er in gewissen Augenblicken nicht die richtigen Gesten gefunden habe, die zu finden waren. Er wusste sehr wohl, Toussaint würde ebensowenig imstande sein, sie zu finden, würde es nie verstehen, diese kleine, selbstvergessene Frau zu lieben.

Eine Frage quälte ihn.

Seit wie lange gehörte sie dem anderen?

Er konnte sich nur sehr schwer die erste Umarmung dieses rohen Mannes und dieser lachenden Frau vorstellen. Grosse, langsam fliegende Vögel umkreisten die "Tlemcen", und ihre gutturalen Schreie waren lästig. Mével betrachtete sie einen Augenblick lang, wie sie auf ihren ausgebreiteten Flügeln schwebten.

"Aasvögel", murmelte er.

Diesen Vögeln glich Toussaint. Ja, Toussaint wollte er vor allem von der

Erden tilgen; er hatte ihm die Frau gestohlen, und nicht die mindeste Entschuldigung liess sich für seine Handlungsweise finden.

Nie wieder konnte Marie ihm gehören, stets stünde zwischen ihnen der Schatten dieses Viehs, dieses verhassten Zuhälters; und es war weit besser, ein Ende zu machen.

"Nur mehr zehn Tage!" wiederholte Mevel.

Endlich würde er alles wissen. Und kein Lächeln Maries kann seinen düsteren und mörderischen Entschluss ins Wanken bringen.

In diesen hundert Tagen ermattender Fahrt hatte er sich ein schmerzliches Bild geschaffen, das kein anderes jemals würde verdrängen können. Marie existierte für ihn nur noch in ihrer Beziehung zu Toussaint, und man konnte das eine nicht berühren, ohne dass andere zu ändern. Er empfand die ganze Bitterkeit einer zerstörten Liebe, und sein Hass war ebenso stark, wie es seine Liebe gewesen war. Immer noch klang in seinen Ohren die zischende Stimme Magnius, der es sehr gut fand, dass: "Mevels Frau sich Kerls holt". Und er hatte während der Reise schwer in seinem Selbstbewusstsein gelitten, da er in jeder Miene ein spöttisches Lächeln zu ertappen glaubte. Denn es war sicher, dass die anderen Bescheid wussten, dass Magnin und Armand das Geheimnis ihrer Entdeckung nicht für sich behalten hatten. Der Ton, mit dem Piétri einmal gesagt hatte: "Du denkst an deine Pute!" liess keinen Zweifel zu.

Und er war einsam gewesen an Bord der "Tlemcen", furchtbar einsam.

Loulou war zu jung, um dieses Leid zu begreifen, und Capuri hatte kein Wort mehr gesprochen, bevor er starb.

Mevel plagte die Verzweiflung. Er hätte so gerne gesprochen, und er wusste sich zum Schweigen verurteilt, weil es Dinge gibt, die man seinem besten Freunde nicht sagen kann. Er betrachtete Dakar, als hätte er es zum erstenmal gesehen. Er fühlte, dass, wie immer auch das Drama enden würde, sein Leben sich ändern musste, dass kein Hafen ihm Vergessen bringen, dass er auf keinem Schiffe mehr Ruhe finden würde. Aber dies alles zählte nicht, war nur ein wirrer Gedanke.

Auf dem Kai, zwischen den Ausladern, Bettlern und Kolahändlern, spazierten Pärchen umher, man ahnte trotz des beschattenden Tropenhelms ein Lächeln auf den Gesichtern der Frauen. Die Männer trugen eine glückliche Miene zur Schau, die Miene der Menschen, die kein Unheil belauert. Mevel verübelte ihnen dieses Lachen. Ihn packte eine dumpfe Gereiztheit, wenn er die andern mit einer Glückseligkeit prahlen sah, die er nicht geniessen konnte. Er hätte am liebsten mit lauter Stimme die beiden Namen hinausgeschrien, die ihn besessen hielten, um ihn loszuwerden. Aber so oft er es versuchte, blieb ihm die erste Silbe in der Kehle stecken, und er behütete immer wieder jenes Weh, von dem keiner etwas wissen wollte, und das nur ein kleiner Junge ahnte, ohne es zu begreifen.

Am Abend, es war der letzte in Dakar, bevor sie nach Marseille steuerten, wollte er ins Exzelsior gehen, wo Gaby war, die Toussaint kannte.

Er hoffte, von ihr allerlei Dinge zu erfahren, schändliche Eigenschaften jenes Menschen, den er nur ein einziges Mal flüchtig gesehen hatte, um seinen Abscheu zu bestärken. Er forderte den Schiffsjungen auf, ihn wie das erstemal zu begleiten.

(Fortsetzung folgt.)